

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Einzelne Zeile für Arbeitsgeschäfte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Naum ist der schwere Kampf in der Tabakindustrie am Niederrhein beendet, den der Verband christlicher Tabak- und Zigarettenarbeiter Deutschlands allein und mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt hat, so ist an einer anderen Stelle in demselben Gewerbe ein heftiger, folgenschwerer Kampf entbrannt. Seit dem 12. Oktober sind die organisierten Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Westfalen und Lippe ausgesperrt, weil in einigen Betrieben von den Arbeitern Forderungen zwecks Aufhebung ihrer bedrückten Lage gestellt worden waren. Tatsai ist die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter eine äußerst gespannte, die Wohnverhältnisse sind die denkbar traurigsten. Nach dem Bericht der Tabakarbeitergenossenschaft betrug in den drei wichtigsten Kreisen der Deutschen Industrie nur 2,16 M. pro Tag. Trotzdem wurden die bescheidenen Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern abgelehnt. Der Fabrikantenverband drohte vielmehr sofort mit einer allgemeinen Aussperrung, falls die Arbeiter auf ihren Forderungen beharrten und die erfolgten Kündigungen nicht bis zum 28. September zurücknehmen würden.

Als sich die Arbeiter diesem Ultimatum nicht bedingungslos fügten, machten die Unternehmer ihre Drohung wahr und sperrten am 12. Oktober circa 9000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen aus. In den ersten Wochen ist die Zahl der in den Kampf verwickelten Arbeiter auf etwa 10000 gestiegen, darunter sind 4000 Arbeiterinnen. Die Tabakarbeiter von Bremen, Oldenburg und Hamburg sind ebenfalls mit in den Kampf hineingezogen und haben sich mit den westfälischen Kollegen solidarisch erklärt, weil es sich um dieselben Firmen handelt, die in den genannten Städten ihre Hauptgeschäfte, in Westfalen filialen haben. Dadurch werden in Bälde

**14000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen im Kampf** um eine menschenwürdige Existenz stehen. Daß es dem Fabrikantenverband hauptsächlich darum zu tun ist, die Arbeiter-Organisationen niederringen, geht daraus hervor, daß auch die Mitglieder derjenigen Verbände ausgesperrt wurden, die an den zuerst erhobenen Forderungen gar nicht beteiligt waren. Der Verband christlicher Tabak- und Zigarettenarbeiter Deutschlands ist auf diese Weise in den Kampf verwickelt worden und mit einem großen Bruchteil seiner gefestigten Mitgliedschaft an der Aussperrung beteiligt. Die Dauer des Kampfes ist bei der so groß ablehnenden Haltung der Unternehmer nicht abzusehen.

Kollegen, Kolleginnen! Die übrigen Vereine können diesem schweren Kampf, der für die beteiligten Tabakarbeiter ein Kampf um Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht gleichgültig und interesslos gegenübersitzen. Bei dem vorliegenden schweren Rüngeln der westfälischen Tabakarbeiter um einen berechtigten Anteil am Ertrag ihrer Arbeit handelt es sich um eine zuerst wichtige prinzipielle Angelegenheit, an der die ganze Arbeiterbewegung interessiert ist. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands hat die Verpflichtung, ihre Kämpfen den Brüder und Schwestern nach Kräften zu unterstützen. Nicht nur durch Worte, sondern durch die praktische Tat. Zu diesem Zweck wird hiermit eine

### allgemeine freiwillige Sammlung

für die kämpfenden Tabakarbeiter in Westfalen ausgeschrieben. Kollegen und Kolleginnen! Hoffentlich wird Eure oft bewährte Solidarität und Opferwilligkeit auch diesmal nicht versagen, nicht vergebens an Euch appelliert werden! Es gilt einer der ärnsten und zum allergrößten Teil ohne jegliche Ursache brotlos gemachten Arbeitergruppe unter die Arme zu greifen, ihrer gerechten Sache zum Siege zu verschaffen. Darum neuere jeder sein Scherstein, soweit es in seinen Kräften steht. Keiner darf sich ausschließen.

**Hoch die Solidarität der christl.-nat. Arbeiterschaft!**

### Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Die Sammelstellen wurden seitens unserer Verbandszentrale den Ortsgruppen bereits zugestellt. Um eine Kontrolle zu ermöglichen, sind die Listen und gesammelten Gelder an unsere Zentrale zu senden; sie werden dann von hier aus dem Generalsekretariat in Köln übermittelt werden. Die Geldsendung ist der Bemerk: „Freiwillige Sammlung für die Tabakarbeiter“ beizufügen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Nachdem nun schon seit Monaten in unserm Wirtschaftsleben sich eine nervöse Unruhe gezeigt hat, scheint es, als ob nun endlich wieder mehr Stabilität in daselbe gekommen wäre. Die politische Lage bietet wenigstens momentan keinen Anlaß zu Besorgnissen mehr; die Unzufriedenheit, die sich mit dem Abschneiden mit Frankreich vielleicht in unsern Tageszeitungen äußerte, vermag kaum einen Einfluss auszuüben. Bezüglich des italienisch-türkischen Feldzuges ist man der Überzeugung, daß der Krieg lokalisiert bleibt. Daß Unternehmenslust und Vertrauen zurückgekehrt sind, beweist die Tatsache, daß die Industriepapiere eine beträchtliche Steigerung erfahren haben. Der Durchschnittskurs betrug Ende September 165,54, Ende Oktober dagegen 158,46 Prozent. Auch

unser Industrie, die über Metalle und Maschinen, hat an der allgemeinen Entwicklung teilgenommen. Der durchschnittliche Kursstand betrug Ende September 194,23 Prozent, Ende Oktober dagegen wieder 199,2. Damit ist allerdings der Stand vom Vorjahr, der 199,75 Prozent betrug, noch nicht wieder erreicht. Es ist charakteristisch, daß diese Schwankungen entstanden sind, ohne daß sich innerhalb unserer Industrie eine Veränderung gezeigt hätte — ein Zeichen, daß sich die Spekulation wenig um reale Dinge wie Dividendenbemühte kümmerte.

Aus Amerika kamen Nachrichten, die auch bei uns beträchtliche Verluste herbeiführten. Wir haben wiederholte darauf hingewiesen, daß die Metallindustrie in den Vereinigten Staaten schwer darunterliegt. Der neueste Wochenbericht des Iron Age läßt nicht darauf schließen, daß eine Besserung eingetreten ist; besonders der Roheisenmarkt wird fortwährend schwächer. Aus den Berichten des Staatsrats geht deutlich hervor, daß eine schwere Krisis die Industrie erschüttert. Diese ist in vielerlei nur das Resultat der Lage der gesamten Wirtschaftsstadt überhaupt. Die Maßnahmen der Regierungen tragen das ihrige dazu bei, daß eine ruhige Entwicklung unmöglich ist. Sie sucht jetzt durch die Verfolgung der Trusts eine Unterlassungslinie früherer Seiten wieder gut zu machen. Der Eisen- und Stahltrust verfügen bereits der Auflösung, nunmehr ist die Auflösungslinie auch gegen den Stahltrust eingereicht. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hatte zunächst einen gewaltigen Kursrückgang zur Folge, der leider auch für Deutschland große Verluste brachte.

Wir bestreiten — nicht ohne Grund — ob das Vorgehen der amerikanischen Behörden den gewünschten Erfolg, die Verteilung der Monopole, erreicht. Der Auflösungsbeschluß wird lediglich eine formal-juristische Umänderung zur Folge haben, ohne am praktischen Erfolg etwas zu ändern. Um einen Begriff von einem Riesenunternehmen, wie es der Stahltrust ist, zu geben, seien ein paar Zahlen angeführt. Er hat ein Aktienkapital von nahezu  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Dollars, d. h. fast 6000 Millionen M. Der Trust besteht nunmehr seit 10 Jahren; welche gewaltigen Gewinne er gemacht hat, beweist die Tatsache, daß in dieser Zeit über 420 Mill. Dollars also über  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Mark Dividenden ausgeschüttet worden sind. Die Roheisenproduktion des Trusts betrug vom Januar bis September d. J. über 17 Mill. To. (Die Gesamtjahresproduktion in Deutschland betrug im Jahre 1909 nur  $12\frac{1}{2}$  Mill. To.) Tatsai ist die Produktionsziffer für 1911 noch recht ungünstig, da die Werke kaum jemals in der Lage waren, ihre Leistungsfähigkeit voll auszunutzen. In derselben Zeit des Vorjahrs wurden über 21 Mill. To. Roheisen produziert. Der Reingewinn erreichte in günstigen Jahren ganz fabrikationssumen Summen. Er betrug 1906 156,62 Mill. Dollars, 1907 180 Millionen Dollars, d. h. nahezu 650 Millionen M.! 1909 stellte sich der Reingewinn auf 181,48 Mill. und 1910 auf 141,05 Mill. Dollars. Der Reingewinn wird aus den schon erwähnten Gründen in diesem Jahr beträchtlich niedriger sein. Es ist wohl ohne weiteres glaubhaft, daß ein derartiges Unternehmen eine Konkurrenz nicht aufkommen läßt, also ein tatsächliches Monopol besteht, ebenso sicher ist es, daß die Regierung aber die Pflicht hat, einer derartigen Entwicklung zu steuern, bevor sie vollendet ist; denn dann ist es zu spät.

Auch in Deutschland haben wir Ansätze zur Vertrüffung gerade in unserer Industrie; ein Unternehmen beschäftigt die verschiedenen Werke. Wenngleich Unzufrieden wegen der öffentlichen Kontrolle der Geschäftsgewalt weniger zu fürchten sind, so birgt die Entwicklung doch schwere Gefahren in sich. Die Regierung hat bisher nichts getan, um ihnen zu begegnen; hoffen wir, daß der Tatenrang auch hier nicht erst kommt, wenn es zu spät ist.

Für Deutschlands Konkurrenz kommt Amerika ja weniger in Betracht; in andern Ländern, vor allem in Belgien, weist gerade jetzt die Entwicklung der Metallindustrie eine steigende Tendenz auf, die auf unsern Markt nicht ohne Einfluß ist. Der Roheisenmarkt ist sehr lebhaft, die Preisentwicklung ist eine günstige. Auch alle andern Produkte der Metallindustrie — Fahrzeuge, Formen, Träger, Schienen und nicht zuletzt Stahlseilen — sind lebhaft gefragt bei guten Preisen.

Die ganze Entwicklung in Belgien ist fast parallel mit der deutschen gegangen. Auch hier ist ja auf dem Roheisenmarkt eine außerordentliche Beliebung bei erhöhten Preisen eingetreten. Die Besserung hat sich besonders auch da gezeigt, wo bisher der größte Fleißstand geherrscht hat — in Oberschlesien. Die Roheisenproduktion betrug hier im Oktober 81 992 To. gegen 78 735 To. im September.

Der Verband des Stahlrohlerbandes an B-Produkten hat im September eine Erhöhung erfahren. Er betrug insgesamt 492 886 To. gegen 499 181 im August. Mit dieser Zahl ist ein Rollok erreicht worden. In allen Produkten, mit Ausnahme von Blechen ist erhöhter Verband zu konstatieren. An Stahlseilen betrug er 324 160 M. (318 482 To.), an Blechen 93 060 To. (96 356 To.); an Walzdraht 68 924 To. (67 788), an Guß und Schmiedestücken 49 785 To. (48 518 To.), an Röhren 17 708 To. (17 189 To.).

Für alle diese Produkte liegt der Markt auch heute noch recht gut. Stahlseilen hat in der Woche vom 31. Oktober bis 6. November einen weiteren Preisaufschlag zu verzeichnen, teilweise bis zu 1 M. für 1000 Kilogr. Eine noch entschiedenere Aufwärtsbewegung haben die Grobbleche genommen und zwar sind die Thomas-Grobbleche um 2 M., die Siemens-Martin-Grobbleche um 2,50 M. im Kreise gestiegen. Wie neuerdings

gemeint wird, hat die am 4. November in Essen abgehaltene Sitzung der Grobblechkonvention eine Erhöhung der Preise um 5 M. per Tonnen beschlossen. Die Urtheile ist in dem außerordentlich lebhaften Gesprächsgang, der in diesem Zweige herrscht, zu suchen. Neben die Verlängerung der Grobblechkonvention, die nur bis Ende 1911 geschlossen ist, wurde noch kein Besluß gefasst. Auf dem Höhepunkt marktvielleicht vielleicht in Bälde ein Umschwung eintreten, die Lage ist hier ja so schlecht, wie seit 25 Jahren nicht mehr. Einige große Gemischtwerke scheinen in ihrer Wiss- und Preispolitik eine Neuerung einzutreten lassen zu wollen, da ihr Angebot beschränkt und nicht mehr zu solch unihaltbaren Preisen wie bisher verkauft.

Einen interessanten Einblick in die Lage der Elektro-Industrie gibt der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Allgemeinen Elektro-Industriegesellschaft für 1910/11. Außerdem liegen die Verhältnisse für diese Industrie besonders günstig, denn sie ist nahezu monopolisiert. Die drei großen Konzerne, die bestehen, machen sich kaum Konkurrenz. Manche Verbindung mag da im Geheimen bestehen, von der die Offenlichkeit keine Ahnung hat.

Das Aktienkapital der A. G. wurde im Jahre 1910/11 von 100 Mill. auf 130 Mill. M. erhöht. Mit der Erhöhung wurde in erster Linie die Verschmelzung der Felsen-Guillaume-Lamey-Werke mit der Allg. Elektro-Ges. durchgeführt, womit auch die Werkstätten der Laméy-Werke in Frankfurt an die A. G. übergingen. Der Reingewinn egcl. Vortrag betrug 21 715 503 M., woraus 14 Proz. Dividende bezahlt werden, so viel wie im Vorjahr. Der Geschäftsbereich führt aus, daß die Maschinenfabrik im abgelaufenen Geschäftsjahr so stark beschäftigt gewesen sei, wie noch nie vorher. Kleine und Lokomotivmotoren erfuhrn einen stark vermehrten Absatz. Die Hochspannungsfabrik, die Fabrik für Eisenbahnsignale, die Turbinenfabrik, das Dynamowerk in Frankfurt, waren alle sehr gut beschäftigt.

Der Absatz von Bogenlampen war ungefähr ebenso groß wie im Vorjahr, hagegen verbesserte sich der der Zähler. Bekanntlich beschäftigt sich die A. G. auch mit der Fabrikation von Schreibmaschinen — Ihr Umsatz soll sich gegen das Vorjahr, wo bereits 12 000 Stück abgesetzt wurden, vergrößert haben. Die Fabrikation an Kohlesabensampen hat eine Einbuße von 15 Prozent erfahren, dagegen ist der Absatz der Miniaturlampen um 500 000 Stück gestiegen. Hier sei erwähnt, daß in nächster Zeit ein weiterer Rückgang der Kohlesabensampen erfolgen dürfte, da die Herstellung von Metallsabensampen mit schrotem Druck eine weitere Verbesserung dieser im Gefolge haben wird; diese soll bis zu einem Viertel des jetzigen Preises gehen. Das Herstellungsrecht hat neben der Siemens- und Halske A. G. die A. G. und die deutsche Gasglühlicht (Auer) A. G. erworben. Natürlich sind die Werke zur Entwicklung von Elektrizitätswerken von großem Einfluß auf das Geschäftsergebnis. 1910/11 hat die A. G. Elektro-Industrie hergestellt mit einer Leistungsfähigkeit von 263 500 PS. Weitere große Ausdräge liegen noch vor.

Der Bericht bietet in seiner Gesamtheit ein Bild starken Entwicklung — darüber kann man sich nur freuen; es darf aber nun auch erwartet werden, daß die A. G. sich der sozialen Verantwortung, die sie ihren Arbeitern und Angestellten gegenüber hat, voll und ganz bewußt ist. Die Vorgänge, die sich bei der Leitungswelt der Laméy-Werke in Frankfurt abgespielt haben, lassen allerdings übermäßige Hoffnung nicht zu.

Die Monopolisierung der Elektro-Industrie birgt schwere Gefahren in sich, besonders für die qualifizierten Arbeiter. Einmal entlassen, werden sie nur schwer wieder Arbeit finden. Der Rückhalt in einer starken Organisation ist deshalb ein Überraschung für sie, denn ohne diesen sind sie machtlos der Willkür der Werke gegenüber.

### Ganz wie bei uns.

Wie den Kollegen bereits in der Nummer 44 mitgeteilt wurde, streiken seit dem 1. Oktober in Berlin mehr als 200 Techniker der Eisenkonstruktionsbetriebe. Der Kampf trägt absolut gewerkschaftlichen Charakter. Die Arbeitgeber sind ob dieser Bewegung der technischen Angestellten nicht wenig erzürnt und auf der ganzen Linie jetzt eine Gegenaktion ein. In einer Reihe von Großbetrieben in Rheinland und Westfalen wurden in den letzten Wochen die Angestellten nach ihrer Befreiungswilligkeit zu einer Organisation befragt. Dabei ist denn selbstverständlich in den meisten Fällen der Versuch gemacht worden, die Angestellten zu veranlassen, der Organisation den Rücken zu kehren. Genau so wie bei den Arbeitern werden Maßregelungen vorgenommen, um die Techniker mürbe zu machen. Gewerkschaft ist der Umstand, daß die Arbeitgeber dort, wo die Arbeiterorganisationen wenig oder keine Mitglieder haben, gegen die Angestellten rücksichtslosen vorgehen.

An erster Stelle hat sich die Direktion der „Gutehoffnungshütte“ in Sterkrade hervorgetan. Erst ließ man feststellen, wer von den technischen Angestellten organisiert war, dann ging der Direktor Kommerzienrat Rauch gleich aus ganz. Ohne weitere Umstände legte er durch seine Beauftragten am 25. Oktober den Technikern folgenden Revers vor:

„Ich verpflichte mich, sofort meinen Rücktritt aus dem Bund der technisch-industriellen Beamten anzunehmen.“ Ebenso erging es den Mitgliedern des Deutschen Techniker-Verbandes. Den so Liebertümern wurde einfach erlaubt,

wenn sie dem Wunsche der Direktion nicht nachkommen, wollen sie sofort entlassen. Leider sind von 45 Technikern 40 der Drohung gefolgt und haben nach kurzen, vergeblichen Widerstand die Entlassung unterschrieben. Nicht wenig hat hierzu beigetragen die Drohung, es werde den Entlassenen nicht gelingen, irgendwo Stellung zu finden. „Tunten Sie an Ihre Familie, die dann Hunger leben wird.“ So rebete man den Standorten zu, das hat dann auch geholfen, und nur 5 Männer waren unter den 45 organisierten Technikern. Diese 5 haben ihre Entlassung sofort erhalten in Form eines Kündigungsschreibes, worin es heißt: „Auf Ihre ferneren Dienste verzichten wir und untersagen Ihnen von heute ab das Betreten unserer Werkstätte. Ihr Gehalt für die Zeit bis zum Ablauf Ihrer Kündigung können Sie heute nachmittag an unserer heutigen Werkskasse in Empfang nehmen.“

So behandelte die Scharsmacher die Männer, die ihnen bisher treu und fleißig Dienste geleistet haben. Wie Spitzbuben sagt man sie vom Werke, weil sie das Recht auf Vereidigung mit ihren Standeskollegen (§ 152 d. G.-D.) wahrgenommen haben. Wer ist nun Schuld, daß solche Zustände noch möglich sind? In erster Linie die Tausende noch unorganisierter Techniker, die noch nicht gekannt haben, was es heißt, die Standesfreiheit gegen jöliche Willkür zu verteidigen. Dann aber auch die Tausende und Tausende Arbeiter der großen Werke, die sich bisher noch nicht um ihr Koalitionsrecht bemüht und jene rechtlichen Zustände still gehuldet haben. Zur Ausklärung haben der „Bund technisch-industrieller Beamten“ und der „Deutsche Technikerverband“ in den verschiedenen Städten des Industriegebiets Versammlungen abgehalten. So in Köln, Düsseldorf, Duisburg und an anderen Orten. Die Versammlungen waren gut besucht und die Vertreter der Arbeiterorganisationen hatten sich in der Düsseldorfer Versammlung ebenfalls eingefunden.

Es ist selbstverständlich, daß die christlich-organisierten Arbeiter den Bestrebungen der Angestellten, das Koalitionsrecht zu verteidigen, ihre Sympathie entgegenbringen. Das hat auch Gewerkschaftssekretär Werner als Sprecher der christlich-organisierten Arbeiter am Samstag, den 4. Nov., im „Burgader“ in Duisburg den Technikern gesagt. Gesagt muß aber auch werden, daß heute leider noch Tausende Angestellte, besonders in den Großbetrieben, gegen das Koalitionsrecht arbeiten, indem sie den Scharsmachern helfen, um die Arbeiter aus der Organisation fernzuhalten. Wenn der „Bund technisch-industrieller Beamten“ und der „Deutsche Technikerverband“ in diese Reihen die Ausklärung von dem hohen Grade des Koalitionsrechtes und der persönlichen Freiheit tragen, dann ist den Arbeitern gleichfalls ein großer Dienst erwiesen. Heute sehen leider noch weite Kreise nicht ein, daß Deutschlands Industrie nicht bilden und gedeihen kann, wenn Angestellte und Arbeiter, zu Gebot herabgedrückt, nur mechanisch ihre Pflicht tun. Den ersten Platz auf dem Weltmarkt werden nur selbständige, arbeitsfreudige Angestellte und Arbeiter der deutschen Industrie erobern helfen.

Gegenüber solchen Begründungen des Rechts aus Persönlichkeit sind die Machthaber in der Großindustrie bis jetzt faul. Sie sagen, in einem modernen Großbetrieb müssen sich alle Faktoren der Leitung unterordnen, sie wünschen willenlose Leute in und außer dem Werke. Wir aber sagen, es ist genügend Disziplin und Ordnung in einem großen Betriebe nötig. Diese Disziplin braucht sich aber doch nur auf die Arbeit zu beziehen. Kein Arbeitgeber hat das Recht, auch außerhalb des Werkes zu befehlen, wo und wie der Arbeiter und Angestellte zu wohnen und leben, wie er sich als Staatsbürger zu verhalten hat. Mögen die Werksbesitzer dazu übergehen, durch eine strenge Verständigung mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten Verträge abzuschließen, die dem einzelnen für seine fleißigen Dienste auch eine angemessene Bezahlung sichern, dann sind sie vor Missständen gesichert und die Arbeitsfreudigkeit im Betrieb steht außer Frage. Wie die Vorgänge zeigen, ist es sowieso noch nicht doch heißt es, organisierten, aufzuwirken. Das sollen vor allem auch die unserer Arbeiter bedenken, die alle Tage schimpfen über schlechte Zeiten, aber keine Hand führen, um ihre Organisation zu stärken.

Solang die Arbeiter und Angestellten nicht selbst sich ein starkes Bollwerk gegen Willkür und Unterdrückung geschaffen haben, wird man, wie in Sterkrade, sie maßregeln können. Darum auf ans Werk! Die betriebspezifische Zeit der kommenden Monate sollen unsere Kollegen ausnutzen zur Stärkung ihrer christlichen Berufsorganisation. Das Beispiel der organisierten Techniker möge vor allem ermunternd wirken auf die Arbeiter der Großindustrie. Dort, wo die Arbeiter als Mitglieder im christlichen Metallarbeiterverband sich eine Beteiligung geschaffen haben, ist ihr Recht gesichert. Darum, ihr unorganisierten Metallarbeiter, auch tut euch in es höchste Zeit, dem Verbande beizutreten.

## Der Staat der sgl. Württembergischen Hüttenwerke vor den sgl. Ständen.

V. (Schluß)

Nachdem der Herr Minister dann zum Schluß seiner Ausführungen noch betont, daß mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung langsam vorgegangen werden müsse, da deren Durchführung neben den zu der Lohnausgestaltung erforderlichen 75 000 M. noch Wehranforderungen im Betrage von 65 000 M. erfordern würde, erging der Abg. Kollege Andre nochmals das Wort. Einleitend stellte er fest, daß der Herr Staatsminister das Prädikatszeugnis, daß er wie der Herr Bergbaudirektor den Wasseralfinger Arbeitern im Finanzausschuß ausgesetzt, heute „wesentlich eingeschränkt“ habe. Das sei erfreulich. Nunmehr solle nur „ein Teil der Gießereiarbeiter“ angeblich eine Pflicht nicht so erfüllen, wie es seitens der Betriebsleitung mit Recht verlangt werden könnte. Wer auch dieser Teil der Gießereiarbeiter werde sich bei den einschlägigen Ausführungen des Herrn Ministers beruhigen könnten. Das um so mehr, da ja der Herr Minister diese seine Verfassung nicht aus eigener Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse gewonnen habe, sondern sich an die ihm zugegangenen Berichte halten müsse.

„Ich möchte aber doch daran erinnern,“ so führte Andre weiter aus, „daß heute der Herr Staatsminister ausdrücklich zugegeben hat, daß in Wasseralfingen gerade in der Gießerei immerhin eine Mängelhaftigkeit in technischer Beziehung vorhanden war und ist. Diese Rücksichtigkeit ist in den betriebstechnischen Einrichtungen nicht so groß, unter der dieser Teil der Arbeiter zu leiden hat, und wenn jetzt bestreite technische Wirtschaftungen gezeigt werden, so bestreite dies eben, daß die seitherigen nicht zeitgemäß und modern, sondern durchaus ungenügend und rückständig waren. Deshalb sage ich: die Sorgen der Arbeiter-

schaft über die seitherigen Zustände, die ich heute vorgetragen habe, waren durchaus berechtigt. Wenn die neuen Gebäude erstellt und mit neuen, modernen Maschinen ausgestattet sein werden, wenn im ganzen Gießereibetrieb die moderne Technik ihren Einzug gehalten hat, dann wird sich herausstellen, daß das Urteil, das auch heute noch der Herr Staatsminister gegenüber einem Teil der Gießereiarbeiter abzugeben für gut befunden hat, nicht berechtigt war und ist.“

Im Verlauf seiner Rede kam Kollege Andre sodann nochmals auf die Frage der Hüttenarbeiter zu sprechen. Es stünde an, daß die Verwaltung das Recht habe, ihre Meinung hochzuhalten; die Hüttenarbeiter aber haben auch das Recht, auf Grund ihrer Erfahrungen zu sagen: wir haben Arbeit zu machen, die in keinem modernen Betrieb von Hüttenarbeitern gemacht werden. Bei der Gießereiwirtschaft, deren teilweise Bestehen der Herr Minister bestreitet hat, können die Arbeiter nicht angeben ob sie klipp und klar nachweisen, daß dieser oder jener Meister aus diesen oder jenen Motiven einzelnen Hüttenarbeitern regelmäßige schlechte Arbeit gibt. Ich kann nicht „beweisen“, daß einzelne Arbeiter nur aus dem Grunde schlechte Arbeit bekommen, weil sie organisiert sind; daß man das „beweisen“ kann, halte ich direkt für ausgeschlossen. Wenn aber die Tatsache vorliegt, daß ein Teil dieser Leute wiederholt schlecht bezahlte Arbeit erhalten hat, so liegt eben doch die Vermutung nahe, daß hier eine gewisse Tendenz von Seiten der Verwaltung besteht wird, und dieser Vermutung habe ich heute Ausdruck gegeben.

Der Herr Staatssekretär hat sodann erklärt, er möchte nur wünschen, daß die Arbeiterorganisationen bei der Bekämpfung des Willkürmissbrauchs mitarbeiten möchten und daß vielleicht in der Zukunft noch mehr als bisher geschehen könnte. Ich darf versichern, daß die christlich-nationalen Organisationen, denen ich angehöre, in diesem Bestreben fortfahren werden. Wer hier wird man eben auch wieder an die Schlussworte der Kapuzinerpredigt in Schillers „Wallenstein“ erinnert,

„Kommt doch das Vergernis von oben,  
Wie die Glieder, so das Haupt,  
Weiß doch niemand, an wen der glaubt.“

Bezüglich der Tätigkeit des Arbeiterausschusses in Lohnfragen will nicht Redner, daß derselbe mehr mitzusprechen habe. Constat wird er vielfach an die Herren in Stuttgart gewiesen. Der Arbeiterausschuss habe schon wiederholt verlangt, daß die Protokolle, die nach Stuttgart gefandt, vorher ihm zum Unterschreiben vorgelegt werden. Soviel wie die Arbeiterchaft nicht, was von den Ausschüssen seitdem nach Stuttgart berichtet wurde. Zum Schlusse wies der Redner noch darauf hin, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters gesteigert und so wenigstens zum Teil ein etwa entstehender Verlust wettgemacht werde. Das sei bei den Lohnausgestaltungen der Arbeiter in Rechnung zu stellen.

Das Ergebnis der Beratungen über die Arbeiterfrage in den staatlichen Hüttenwerken ist die Annahme der nachstehenden Zusicherungen durch die Stände:

„Die Königl. Regierung zu ersuchen,

1. die Arbeitszeit in den Hüttenwerken auf 9½ Stunden täglich festzulegen und den hierdurch entstehenden Lohnausfall durch Gewährung einer entsprechenden Lohnherabsetzung auszugleichen;
2. zur Verbesserung des Akkordsystems in den sgl. Hüttenwerken, besonders in der Gießereiabteilung Wasseralfingen, einen Tarifvertrag mit den Arbeitern unter Berücksichtigung des Arbeiterausschusses abzuschließen;
3. insoweit dies bei der derzeitigen Geschäftslage nicht tunlich ist, Anordnungen zu treffen, daß bei Differenzen über Festsetzung der Akkordsätze einschließlich von Fehlguß und Akkordreduzierung auf Kurzus von der einen oder anderen Seite der Arbeiterausschuss gehört wird;
4. jedenfalls bestimmte Grundsätze über die Behandlung von Differenzen bei Akkorden, besonders bei Fehlguß und Lohnreduzierung, unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses aufzustellen;
5. die Arbeiterausschüsse fernerhin gutachthaltsmäßig über Veränderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hören und zur Mitwirkung bei der Festsetzung derselben heranzuziehen;
6. die Urlaubsvergrößerung fortwährend einzudehnen im Sinne einer mit der Zahl der Dienstjahre ansteigenden Erhöhung.“

Die diesjährigen Debatten über den Hüttenetat waren, wie aus dem bisher Ausgeschilderten zu erkennen ist, wichtig nach verschiedenen Seiten hin. Zwei Hauptergebnisse haben sie gezeigt, die in den Beschlüssen niedergelegt sind. Das ist 1. der Beschluß über die erneut Fortführung des sgl. Wasseralfingen und 2. die oben wiedergegebenen Beschlüsse zur Arbeiterfrage. Beide sind bedeutungsvoll und wichtig für die Arbeiterchaft. Wir wünschen, daß die technische Entwicklung der Werke, wie nach den Statuten beschlossen zu erhoffen ist, weitergeht und daß dann die Frage der Erneuerung des Betriebs in zustimmendem Sinne entschieden wird. Daran hat nicht nur die beteiligte Arbeiterchaft, sondern auch darüber hinaus, die Allgemeinheit ein weitgehendes Interesse. Wenn dies geschieht, dann wird auch die durch die Auflösung dieser Frage eingetretene Beunruhigung der Arbeiterchaft weichen, was nicht zuletzt auch im günstigen Sinne auf deren Arbeitsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit zurückwirken wird.

Die Beschlüsse zur Arbeiterfrage, deren Verwirklichung der sgl. Regierung anheimgegeben ist, und obliegt, bedeuten ebenfalls einen Fortschritt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wir begrüßen es besonders, daß nach der Seite der Lohnfrage wie auch der zukünftigen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse die Bemühungen der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Hüttenarbeiter von gutem Erfolg gekrönt waren. Wurde doch selbst in der Kammer von hoher Stelle von dem Einfluß gesprochen, den die Arbeiterorganisationen auf die Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter auszuüben in der Lage sind. Diese Einsicht ist erfreulich und lädt erwartet, daß schon recht bald auch der Rest der Vorstände gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in diesen Kreisen schreitet.

Noch ein beachtenswertes Moment sei in diesem Zusammenhang registriert, nämlich die zweipartige Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, hätten die Arbeiter nichts erhalten. Die Vertreter der württembergischen Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer haben aus „Stützpunktfähigkeit“ gegen den ganzen Staat und damit auch gegen die

Lohnausgestaltungen für die Arbeiter, Beamten usw. gestimmt. Einmal stimmen sie dafür, das andere Mal dagegen. Gerade diesmal hätte die Sozialdemokratie mehr noch als das letzte Mal Grund gehabt, für den Staat zu stimmen, in Unbetracht der Lohnausgestaltung, die er enthielt. Trotzdem nehmen diese Leute in bekannter „Bescheidenheit“ nachher wieder den Mund voll und sagen: „uns ist es zu verbauen, wenn die Hüttenarbeiter etwas erhalten haben und wir haben noch mehr verlangt.“ Kommentar überflüssig!

In mehreren stark besuchten Versammlungen haben die staatlichen Hüttenarbeiter zu dem Ergebnis der Staatsberatungen eingehend Stellung genommen und das erreichte Gute anerkannt. Es ist ihr dringender Wunsch, daß die Beschlüsse zunehmend auch in wirtschaftlicher Weise durchgeführt werden. Mit dieser Durchführung treten aber auch eine ganze Reihe neuer Aufgaben an die Arbeiterschaft heran. Es ist vor allem notwendig, daß die Arbeiter sich schulen und Bilden, damit sie in der Lage sind, ihre Interessen in wirtschaftlicher Weise zu vertreten. Das kann nur geschehen in der Organisation. Diese stellt ihre Mittel, Versammlungen, Organe und sonstige Bildungsmittel zur Verfügung. Die Arbeiterschaft muß sich ihrer Aufgaben bewußt werden. Wenn das oben Angeführte durchgeführt werden soll, dann bedarf es der Geschlossenheit und der Einigkeit der Arbeiterschaft. Auch der Arbeiterschaft in den sgl. Hüttenwerken fliegen nicht die gebrauchten Tonnen in den Mund. Die Stellung des staatlichen Hüttenarbeiters hat der Herr Minister klar gezeichnet durch den Hinweis auf die privatwirtschaftliche Stellung der Hüttenarbeiter. Die staatlichen Hüttenarbeiter stehen mithin auf der gleichen Linie, wie die Arbeiter der Privatindustrie. Deshalb bedarf es des Zusammenschlusses in der gewerkschaftlichen Organisation, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft durchzubringen. Ein Arbeiter, der seine Opfer bringen will für die Erhaltung der wirtschaftlichen Lage seiner Familie und seines Standes, der ist auch deiner Verbesserung wert. Ebensoviel man auf dem Schlachtfelde fehlende brauchen kann, ebensoviel sind solche im wirtschaftlichen Leben am Platze.

Der christliche Metallarbeiterverband hat durch seine Tätigkeit bewiesen, daß er in der Lage ist, die Interessen der staatlichen Hüttenarbeiter auf allen Gebieten in wirtschaftlicher Weise zu wahren und zu fördern. Hunderte Kollegen aus den Staatsbetrieben sind ihm schon angeschlossen, um in gemeinsamer Standesarbeit ihre Lage zu verbessern. Nicht durch revolutionäre Präzedenzschreie und unfruchtbaren Stabilitätsstreit. Nein, sie wollen dies tun in einer Organisation, die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung steht. Das ist der christliche Metallarbeiterverband. Alles reicht er die Brüderhand. Der Gedanke der Solidarität, des Opferstuns, der gemeinsamen Arbeit für die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterschaft, diese sind es, die die Grundlage seiner Arbeit bilden. Um die noch der Organi- tionsvorstehenden staatlichen Hüttenarbeiter ergeht deshalb der Ruf: Ergebt die euch dargebotene Brüderhand, schließt euch an euren im christlichen Metallarbeiterverband organisierten vorstehenden Kollegen!

## Der Arbeitsmarkt im September.

Der Arbeitsmarkt hat im September eine weitere nicht unerhebliche Verbesserung erfahren. Bei den 734 Arbeitsnachweisen, die ihre Berichte an das Reichsarbeitsamt geschickt haben, sind von männlichen Arbeitssuchenden rund 345 000 (368 000) Gesuchte eingelaufen, denen 260 000 (259 000) offene und 209 000 (213 000) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Die Tatsache, daß 23 000 Arbeitsgesuchte weniger eingelaufen sind als im Vorjahr, die Zahl der offenen Stellen sich dagegen um 1000 vermehrt hat, bestreut unsre obige Behauptung. Die Verminderung der Vermittlungen fällt im Vergleich zu der bedeutenden Verminderung der Arbeitsgesuchte nicht ins Gewicht. Noch deutlicher sprechen die Relativzahlen: auf 100 offenen Stellen kamen im September nur 133 Arbeitsgesuchte, im August dagegen 145 im im September des Vorjahrs 143. Nicht so günstig liegt der Markt für weibliche Arbeitskräfte. Es liegen insgesamt 85 000 (75 000) Arbeitsgesuchte ein, denen 92 000 (82 000) offene Stellen und 55 000 (49 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Auf 100 offenen Stellen kamen demnach im September 92 Arbeitssuchende, im Vorjahr waren es 90 und im September 1910 nur 87. Es ist also eine Verschärfung sowohl gegen den Vorjahr als auch gegen den September des vergangenen Jahres eingetreten.

Zu der Metallindustrie ist der Arbeitsmarkt für männliche und weibliche Arbeitskräfte fortgesetzt recht günstig. Der September weist eine kleine Verbesserung gegen den August, eine recht bedeutende aber gegen den September 1910 auf — ein Zeichen, der Aufwärtsbewegung in der Metallindustrie. Auf 100 offenen Stellen kamen sitz männliche Arbeitssuchende im September 168 Arbeitsgesuchte, im August 172, im September des Vorjahres stellte sich die Zahl auf 192. Der Anfang ist also dieses Jahr lang nicht mehr so groß. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie im Vergleich zu den anderen Gruppen immer noch als sehr ungünstig bezeichnet werden muß. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist nur noch höher im Baugewerbe und bei den ohne nähere Bezeichnung angegebenen Fabrikarbeitern.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ist in der Metallindustrie im Gegensatz zu der allgemeinen Lage günstig. Im September kamen auf 100 offene Stellen 112 Arbeitsgesuchte, im August 115 im September des Vorjahrs 116. Der Anfang ist also dieses Jahr lang nicht mehr so groß. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie im Vergleich zu den anderen Gruppen immer noch als sehr ungünstig bezeichnet werden muß. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist nur noch höher im Baugewerbe und bei den ohne nähere Bezeichnung angegebenen Fabrikarbeitern.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ist in der Metallindustrie im Gegensatz zu der allgemeinen Lage günstig. Im September kamen auf 100 offene Stellen 112 Arbeitsgesuchte gegen 124 im August und 115 im September des Vorjahrs. In der Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate kamen insgesamt 70 435 Arbeitsgesuchte ein; ihnen standen 41 827 offene Stellen und 34 733 Vermittlungen gegenüber. Im Vorjahr waren es 80 121 Arbeitsgesuchte, 46 489 offene Stellen und 38 980 Vermittlungen.

## Borstände- und Vertrauensmännerkonferenz der Siegerländer Ortsgruppen.

Auf Sonntag, den 5. November hielten unsere Siegerländer Ortsgruppen eine gut besetzte Borstände- und Vertrauensmännerkonferenz ab. Die Konferenz tagte in Siegen; sämtliche Ortsgruppen waren vertreten. Kollege Gierke-Siegen eröffnete die Konferenz, legte den Bericht über Stand und Entwicklung des Verbandes im Siegerland und den übrigen den Sekretariat Siegen zur Bearbeitung überwiesenen Bezirken. Nach dem Bericht hat sich die Mitgliederzahl in den dem Sekretariat Siegen unterstellten Ortsgruppen um 80,8 Pro-

gesteigert. Obwohl das Ergebnis als ein erfreuliches anzusehen sei, müsse doch im Besichtigt der großen Zahl der noch vorhandenen unorganisierten Metallarbeiter in der Mitgliedergewinnung, namentlich jetzt in den Wintermonaten, mit verdoppeltem Elfer weiter gearbeitet werden. Der Redner ging dann auf die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten innerhalb der einzelnen Ortsgruppen näher ein und gab in dieser Beziehung noch mancherlei Worte für die zukünftige praktische Arbeit. Zum Schluß beschäftigte sich Kollege Gierch mit der Tätigkeit des Verbandes zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und wies nach daß auch in dieser Beziehung im Laufe des vergangenen Jahres manches erreicht worden sei. In diesem Zusammenhang wurde auch die Stellung der Siegerländer Arbeitgeber zu den Arbeiterorganisationen berücksichtigt und betont, daß erstere sich in ihrer Mehrzahl immer noch stärkeren, die Organisationen als berechtigte Interessenvertretung der Arbeiter anzuerkennen. Aus diesem Grunde allein schon sei die weitere Ausbreitung und Stärkung des Verbandes eine zwingende Notwendigkeit.

Im Anschluß an den Bericht hielt der Vorvorsitzende, Kollege Schmitz-Köln einen instruktiven Vortrag über „Unsere nächsten Aufgaben“. Einleitend brachte der Redner einen Urteil in der Kölnischen Zeitung veröffentlichten Artikel über eine Studienfahrt ins Siegerland, zur Sprache, worin ein Student von der Handelshochschule in Köln aus Grund einer dreitägigen Besichtigungsreise über die Lage der Siegerländer Arbeiter und das Verhältnis der letzteren zu den Arbeitgebern allerlei Krauses Zeug zusammengeschrieben hat. Der Artikelschreiber der „Kölnischen Zeitung“ meint u. a.: „Bischofskirchen bießen Bergen (im Siegerland) arbeiten eine treffliche, bodenständige Arbeiterschaft unter freundlichen, sozial empfindenden Unternehmern.“ Und weiter: „Hier (im Siegerland) gibt es keine Proletarier, gibt es keine Armut, die nicht durch die werktätige Rettigförsität des Siegerlandes beseitigt wird.“ Der Referent nahm Verantwaltung, diesen durch keinerlei Sachkenntnis getäuschten Ausführungen des Artikelschreibers die tatsächlichen Verhältnisse gegenüber zu stellen, wobei dann so ziemlich ein entgegengefertigtes Bild heraus kam.

In Bezug auf die Mitgliederzunahme sowohl im Bereich des Sekretariats Siegen, wie auch im ganzen Agitationsbezirk Köln, konnten wir im allgemeinen zufrieden sein. Der Bericht zählte am Anfang des Jahres 1910 rund 5½ Tausend Mitglieder. Um Schlüsse des ersten Halbjahres 1911 waren 11700 Mitglieder vorhanden, und heute dürfte die Zahl 13000 überschritten sein. Zumindest müsse in der Agitation, namentlich in der Welt zur Gewinnung der Jugend noch erheblich mehr wie bisher geleistet werden. Kollege Schmitz gab am Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Berichts noch mancherlei Worte und Ratschläge für die weitere gewerkschaftliche Arbeit innerhalb des Bezirks. Von den beiden Vorträgen knüpften sich eine rege Debatte, die mehrere Stunden in Anspruch nahm. Von den Vertretern der verschiedenen Betriebsteilen wurden noch manche Anregungen gegeben. Auch war der vorhin erwähnte Artikel der „Kölnischen Zeitung“ Gegenstand eingehender Erörterung. Einiglich waren die Kollegen der Meinung, daß der christliche Metallarbeiterverband, besonders auch im Siegerlande, eine immer weitere Ausbreitung erfahren müsse. Die Arbeitgeber im Siegerlande seien in vielen Fällen alles andere, nur keine „freundlichen sozial empfindenden Unternehmer“, was durch zahlreiche Beispiele belegt wurde.

Um seinem Schlußwort sah der Vorsitzende das Ergebnis der Verhandlungen noch einmal kurz zusammen und forderte die Kollegen auf, die Anregungen in den einzelnen Betriebsteilen nunmehr auch in die Tat umzusetzen. Arbeit nun jeder an seinem Lotte mit, unsere nächste Aufgabe sei: Stärkung unserer Bewegung auf der ganzen Linie!

## Das helle Gewissen

Läßt den Schirmherren des Kaisermarbertums keine Ruhe. Um die ob der unchristlichen Haltung ihrer „Führer“ aufgebrachten Mitglieder über die rote Blamage hinwegzutäuschen, sucht nun Herr Hamann, seines Zeichens Vorsitzender des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Pforzheim, sein Heil in einem offenen Brief voller persönlicher Verdächtigungen. Nur besseren Kennzeichnung dieser Manipulation diente die Mitteilung, daß sich „Genosse“ Hamann schon seit dem 26. März d. J. abmüht, vor dem Amtsgericht Pforzheim den „Nachweis“ zu erbringen, daß unser Kollege Kuhn „Unwahrheit“ oder gar „Veleidigung“ über den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gesagt habe. Der Prozeß ist immer noch in der „Schwabe“, weil Hamann diesen Beweis bis heute noch nicht zu erbringen vermochte.

Mit seinen neuesten Veröffentlichungen hat „Genosse“ Hamann ebenfalls kein Glück. Weil wir nun aber den Schmähl des Herrn Hamann nicht teilen und uns nicht die Füße vor den Gerichten winden möchten, wollen wir als Antwort auf die Untertreibung des Herrn lediglich der Deffensivität die Tatsachen unterbreiten:

Der Hilfsarbeiter Michael Müller, geb. am 27. 11. 1854 zu Großbeinbach, war laut Mitgliedsbuch Nr. 386545 seit 25. Okt. 1908 ununterbrochen Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Auf Grund seiner Streikkontrollkarte hat er vor dem 7. Dezember 1910 während der hiesigen Bewegung 2 Wochen und 4 Tage gestreikt. (Ausende Nummer der Kontrollkarte 63, Ortsnummer 3448, beschäftigt bei Hollmar u. Bourban.) Nach den Eintragungen in dem Mitgliedsbuch hat der Betreffende am 27. November 1909 wohl 8 M. Erwerbsunterstützung bezogen, aber seitdem nichts mehr, auch keine Streikunterstützung, sonst nichts die selbe im Mitgliedsbuch eingetragen sein. Wenn er aber doch solche erhalten hätte — nun...? Wir haben bis jetzt angenommen, daß die Geschäftsführung im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nichts zu wünschen übrig lasse. Zu dieser Auffassung geben uns besonders auch die Ausführungen der „Freien Presse“ und der „Metallarbeiterzeitung“ Veranlassung, die nicht genug über anderer Leute „Geschäftsgesprächen“ räsonieren konnten. Wenn also Müller doch Unterstützung erhalten haben sollte, so müssen wir zu unserm Leidwesen bedauern, daß die Darstellungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in dieser Beziehung auf Unwahrheit beruhen und wir ihnen zu viel Glauben geschenkt haben.

Bei dieser Sachlage ist es kann allerdings auch begreiflich, daß es den Herren von der roten Ortsverwaltung nicht möglich war, herauszufinden, ob eine dem Namen nach genau bezeichnete Persönlichkeit bei ihnen Mitglied gewesen ist oder nicht. Am 7. Dezember 1910 trat Müller zum christlichen

Metallarbeiterverband über, erhielt hier während der Aussperrung 68 M. Unterstützung — und trat am 8. April wieder aus. Heute ist dieser Mann nun wieder der Schüler sozialdemokratischer „führender“ Kräfte. „Das läßt lieb blitzen!“ würde da zweifelsohne der „Genosse“ Saber sagen. Und nun Herr „Genosse“ Hamann, ist das Beweisen an Ihnen; tun Sie bitte Ihren Gefühlen nur keinen Zugang an. Allerdings geben wir Ihnen den gutgemeinten Rat, Beweise nicht mit persönlichen Verdächtigungen zu verwechseln. Bei Ihrem Kollegen Herrn Borholzer können Sie vielleicht in Erfahrung bringen, daß eine solche Verweichung manchmal üble Folgen nach sich ziehen kann. \*

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Zur Tabakarbeiteraussperrung in Norddeutschland.

Wie wir bereits berichtet haben, ist in der norddeutschen Zigarettenindustrie ein ungünstiger Kampf ausgewichen. Bereits 5 Wochen sind in Westfalen ungefähr 10000 Zigarettenarbeiter ausgesperrt. Durch den Zusammenhang der westfälischen mit der niedersächsischen Tabakindustrie hat die Aussperrung auf dieses Gebiet übergegriffen, sodass zur Stunde etwa 15000 Tabakarbeiter auf der Straße stehen. In Abbruch der besonderen Verhältnisse in der Tabakindustrie kann man also von einem gewaltsamen Kampfe sprechen. Diese große Aussperrung wirkt ein eigenartiges Licht auf die Zigarettenfabrikanten, die nach der Reichsfinanzreform alles getan haben, um die neue Belastung auf die Raucher abzuwälzen. Daneben haben die Herren aber noch fortgesetzt geplagt, ihre Position gerate auch bei der geringsten Lohn erhöhung ins Wanken. Es ist auch noch zu bemerken, daß die Fabrikanten an der vor der Steuer geleisteten Überproduktion schon im voraus einen gewissen Ausgleich für die nachfolgende flache Zeit gehabt haben. Die Arbeiter freilich sind nicht nur nicht berücksichtigt worden, sie haben zum Teil noch unter Lohnabfällen gelitten. Nun, da diese Arbeiter, deren berufsgesetzlich festgestellter Durchschnittsverdienst im Jahre 1910 in Westfalen ganze 2,16 M. betrug, eine geringe Lohnerschöpfung vorber, leisten sich dieselben Fabrikanten, die morgen wieder über ihre schlechte Lage klagen werden, eine Aussperrung, die sie Hunderttausende kostet. Hätte man da nicht besser den gedrängten Tabakarbeitern eine geringe Erhöhung ihres Einkommens zukommen lassen?

Auch das bisherige Verhalten der Fabrikanten bei der Aussperrung ist recht eigenartlich. Am 26. September wurde der Aussperrungsbeschluss gefasst. Am 28. sollten die in der Lohnbewegung stehenden Arbeiter ihre Forderungen zurückgeworfen haben. Dabei wurde der Beschluss nicht einmal brieflich übermittelt, sondern lediglich in der Presse bekanntgegeben. Es fanden dann Verhandlungen statt. Die Arbeitervertreter gebachten die Verhandlungen nur darüber zu führen, wie in den 12 Betrieben, in denen Forderungen gestellt waren, eine Einigung erzielt werden könne. Der Vertreter des Fabrikanterverbandes betonte mehrmals, daß eine Verständigung, die ihm sehr am Herzen liege, wohl kaum anders zu erzielen sei, als daß eine Verbesserung für alle an der Aussperrung Beteiligten eintrete. Diesen Standpunkt vertrat er auch noch in einer zweiten Sitzung, nachdem kurz zuvor eine Vorstandssitzung des Fabrikanterverbandes abgehalten worden war. Es wurden gemeinsam Einigungsvorschläge ausgearbeitet, die ganz den Einwänden und Wünschen des Arbeitgebervertreters entsprechend gestaltet wurden. Nun hat der Vorstand des Fabrikanterverbandes am 4. November die Einigungsvorschläge abgelehnt. Das löst auf eine recht eigenartliche Taktik schließen, nach dem, was oben über die Mitteilung des Geschäftsführers an diesen Vorschlägen gesagt ist. Man kann doch kaum annehmen, daß dieser ohne Auftrag gehandelt hat. Das umso weniger, als wie gesagt eine Vorstandssitzung sich mit der Angelegenheit beschäftigt hatte. Die Verhandlungen sind nunmehr ins Stocken geraten und ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Es wurde bereits von einer Aussperrung über ganz Deutschland gesprochen.

Die Tabakarbeiter bringen für diesen Kampf große Opfer. Selbst die Aussperrten leisten von ihrer Unterstützung einen nachhaltigen Beitrag. Bei den großen Zahl Mitgliedern des christlichen Tabakarbeiterverbandes, die sich in der Aussperrung befinden, ist dieser auf die Solidarität der gesamten christlich-nationalen Arbeiterschaft angewiesen. Wir sind überzeugt, daß jeder für die am geringsten entlastete Arbeiterschaft gern ein Opfer bringen wird, um diesen den Arbeitern und deren Organisationen aufgezwungenen Kampf erfolgreich beenden zu helfen.

### Die Arbeiterbewegung als Kulturfaktor.

Das soeben erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 bringt unter dieser Überschrift einen lebenswerten Artikel, worin die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in überzeugender Weise dargelegt wird. Auch die Handarbeit habe ihren gewaltigen Wert für die Volkswirtschaft; vor allem die gelernte Arbeit, die in unserem Erwerbsleben eine hervorragende Rolle spielt.

Gelernte Arbeit ist „Geist“ bei der Arbeit, ist geistvolles Schaffen bis hinauf zur Förderung der Technik. Manche Erfindung verdanken wir ihr. Gelernte Arbeit ist Lebensbedingung für die deutsche Industrie. Ihr Rückgang sowohl an Quantität wie an Qualität wäre für unser Wirtschaftsleben der Ausgang vom Ende. Die Arbeiterbewegung vermehrt und fördert die gelernte Arbeit. Echter Gewerkschaftler sein und nach erhöhter Leistungsfähigkeit streben, ist eins. Das ist ihm Bedingung für Verkürzung der Arbeitszeit, zur Erhöhung des Arbeitsergebnisses. Die Geilen, da der Arbeiter dem Fortschritt der Technik den Krieg erklärte, sind endgültig vorbei. Er schafft mit ihr um die Welt und freut sich der Wunderwelt des modernen Industrialismus, an der er ein Geist und seine schwielige Haut das Ihre mitgeschafft. So steigert die Gewerkschaftsbewegung die materielle Kultur, indem sie die Gütererzeugung hebt und verbessert. Aber auch dann, wenn er nach höherem Lohn, nach kürzerer Arbeitszeit, nach besserer Lebenshaltung verzagt und diese Forderungen durchsetzt, dient er der materiellen sozialen Kultur. Er forderte nicht bloß für sich, um sein eigenes materielles Dasein zu verbessern. Gestiegerte Lebenshaltung der Massen bedeutet Abfall für Industrie und Handel, betrifft also die gesamte Volkswirtschaft. Sie ist nicht etwa bloß an der Kapitalsammlung in den Händen der Leiter unserer Produktion interessiert, sondern ebenso sehr an einer möglichst günstigen Güterverteilung unter die Allgemeinheit. Massenproduktion kann nur bei Massenkonsumenten adehnen. \*

## Rundschau.

Der Centralverband deutscher Industrieller hält in diesen Tagen in Berlin eine ordentliche Generalversammlung ab. Im Bericht des Geschäftsführers heißt es nach der „Allgemeinen Zeitung“ u. a.: „Nach Zurückweisung weiterer Angriffe steht der Geschäftsbereich in den Mittelpunkt seiner Ausschüttungen wieder den von dem Centralverband seit seiner Gründung festgehaltenen Grundsatz von der Solidarität der Interessen aller auf dem Boden unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehenden Gewerkschaften... Insbesondere sei der Centralverband nie ein Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter gewesen, zumal er selbst dieses Recht für seine Mitglieder beansprucht und bemüht sei, die Arbeitgeber zur Wehr gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Verbände zu organisieren. Wenn die Großindustrie, soweit sie im Centralverband vertreten sei, für den höchsten Schutz der Arbeitswilligen eintrete, so tue sie das nicht im egoistischen Interesse. Die Arbeitgeber seien dabei erst an dritter Stelle beteiligt. An erster Stelle interessiert seien die Arbeitswilligen, an zweiter Stelle der Staat, dessen Interesse das Eingreifen gebiete, weil sonst die Begriffe von dem, was recht und unrecht ist, sich weiter verwirren oder gänzlich verloren gingen. Die Großindustrie habe bei ihrem Eintreten für die Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen das Gemeinwohl im Auge, weil sie erkenne, daß die weitere gesunde wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Nation Schaden leiden müsse, falls der Angriff der sozialdemokratischen Verbände nicht bald geblieb ein Damum entgegenseitig werde... Die Hoffnung hierauf müsse aber erfüllt werden, wenn sich bestätigen sollte, daß die Regierungen bereit seien, in der Frage der Errichtung von Sozialämtern, die in der Reichstagskommission über die Heimarbeitsvorlage beantragt, aber zuerst von den Bundesratsvertretern mit Entschiedenheit abgelehnt worden seien, einzuschwenken. Die gesetzliche Festlegung eines Lohnminimums würde die prinzipielle Ablehnung der dem freien Arbeitsmarkt bedeuten, dessen Bedingungen sich nach Angebot und Nachfrage, nicht aber nach den behördlichen Verordnungen regelten.“

Was der Centralverband, deutscher Industrieller da in seinem Geschäftsbereich schreibt, hält vor den tatsächlichen Verhältnissen nicht stand. zunächst ist es eine allgemeine Tatsache, daß den Arbeitern nirgendwo das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht mehr beider als von den Mitgliedern des Centralverbands; auch denjenigen Arbeitern, die auf dem Boden unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen, ja, die Arbeiter werden geradezu gezwungen, aus solchen Organisationen auszutreten, welche ihrer ganzen Geschichte nach den Staatsbeamten gekämpft werden müssen. Borkacher Hütte, Bochumer Verein, Karbonwerke Bahre, Sprengstoffwerke Troisdorf, Gutehoffnungshütte u. c. sind sprechende Zeugen. Nach seiner ganzen Vergangenheit ist der Centralverband wirklich der leiste, dem wir Arbeiter ein Mandat zwecks Errichtung einer willkürlichen Koalitionsfreiheit von den Gesetzgebenden Körperschaften zuvertrauen können.

Die Versammlung nahm dann auch, ihrer Tradition getreu, eine von Bock empfohlene Resolution zum Schutze der Arbeitswilligen an. — Gewiß ist die sozialdemokratische Gewalttherrschaft unerträglich geworden, aber das Rezept des Centralverbandes schlägt das Kind mit dem Bade aus, wofür wir Christlich-Nationalen uns ebenso höflich wie entschieden bedanken. Es gibt doch tatsächlich noch andere Mittel, dem Größenwahn der Genossen zu steuern. Hauptsächlich haben aber auch die letzten den Ernst der Situation begriffen und sie lassen ab von ihrem volks- und arbeitschädigenden Treiben, ehe es zu spät ist.

\* \* \*

Die Techniker wehren sich gegen den Raub des Koalitionsrechtes. In Köln, Düsseldorf, Duisburg u. c. fanden öffentliche Versammlungen statt, worin die Technikerorganisationen Einspruch erhoben gegen den brutalen Gewaltakt der Gutehoffnungshütte. In der Kölner Versammlung, die von mehr als 1000 Personen besucht war, wurde eine Resolution angenommen, worin verlangt wird, daß die Stadt solchen Firmen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten missachten, keinerlei Aufträge erteilt. Die Sache ist in Köln sprudelt, denn die Stadt steht mit der Gutehoffnungshütte im Unterhandlung wegen der Lieferung einer Rheinbrücke.

In Düsseldorf wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeberverband der Metallindustriellen die auf der Gutehoffnungshütte entlassenen Techniker durch ein Rundschreiben verjagt habe. Im Düsseldorfer Bezirk seien ähnliche Maßregeln gegen die technischen Beamten geplant gewesen. Nachdem die Werkleitungen aber erachtet hätten, daß 90 bis 95 Prozent der Techniker organisiert seien, habe man die Ringer davongelassen. Ein neuer Ringerzeug für die Stärkung ihrer Organisation bedacht zu sein.

\* \* \*

Bon der „Belastung“ der Industrie. In der Generalversammlung des Phoenix wurde jüngst die Höhe der Rentenbelastung bemängelt. Vorstand und Aufsichtsrat erhielten nämlich für ihre Vermögens 1979 063 M., das waren vorab 80% vom Neingewinn. Die Kölnische Zeitung veröffentlicht nun eine Aufmachung über Neingewinn und Aufsichtsratsrenten unserer Montantiesen. Danach betragen:

	Aktienkapital (in Mill. M.)	Reingewinn	Dividende in Prozent	Gewinnanteil des Aufsichtsrats
Friedr. Krupp	180	21 437 194	10	210 000
Gelsen. Bergv.-Gef.	156	15 997 895	10	437 895
Allg. Elektro.-Gef.	130	22 140 729	14	575 000
Phoenix	106	24 474 883	15	979 573
Deutsch-Lugemburg	90	10 955 797	11	402 289

Es wurden also vom Neingewinn für Aufsichtsratsrenten verrechnet bei Krupp 1%, Gelsenkirchen 3%, Allgemeine Elektrothütte 2½%, beim Phoenix und Deutsch-Lugemburg je 4%. Bei Krupp erhält jedes der 5 Aufsichtsratsmitglieder 42 000 M. Beim Phoenix verbleibt nach der Teilung jedem der 29 Aufsichtsräte 33 433 M. Entschieden weniger sieht es bei der Allgemeinen Elektrothütte aus. 1916 Mark bekommt jeder von den 30. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft zahlt ihren 28 Aufsichtsräten je 15 638 M. Deutsch-Lugemburg hat es noch nicht auf die vier Nullen gebracht, dafür ist die Zahl der Aufsichtsräte — 44 — aber am größten; jeder von ihnen bekommt 9142 M. für seine Bemühungen. — Es ist also ein ganz einträgliches Geschäft, das Aufsichtsratspielen. Bisleicht untersucht Syndicus Sauer einmal in seiner bekannten Weise, wie groß die „Belastung“ der Industrie durch diese Einheiten ist.

Gin neuer Montantiefe? Nach Meldungen der Sonderpresse sollen Bestrebungen im Gange sein, bis her vorer Bergbaugesellschaft, bis Dombacher Hüttenwerke, das Eisen- und Stahlwerk Hösch, die Bergwerksgesellschaft Konkordia und die Wittener Stahlhüttenwerke zusammenzubringen. Die Nichtigkeit dieser Gerüchte wird einmal beurteilt und dann mit größter Bestimmtheit widerholt. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, und den fortwährenden Fusionsgesichten geht mit aller Leidlichkeit her vor, daß die Aussichten für die Erneuerung der Montantartelle — Stahlwerksverband und Kohlenhandel — keine rostigen sind. Um sich bei einem Preissturm, der zweifellos nach dem Rücklaufandkommen auftritt, zu schützen, beschreiten die Werke mehr und mehr den Weg der Fusion, der schon einer Vertrübung bedenklich nahe kommt. Die Arbeiter der schweren Industrie sollten sich befreien durch Abbau der Organisation vor Schaden bedrohten. Sonst könnte sich an ihnen das Sprichwort erfüllen: „Wer nicht hören will, muß führen.“

Nur der Metallindustrie. Die vereinigten Thüringer Metallwarenfabriken in Meiss haben im vergangenen Jahr nach 28 811 M. Abschreibungen einen Nettoverlust von 246 816 Mark herausgeschlagen. Dieser soll folgendermaßen verrechnet werden: Rüdilage 21 204 M., Vorstand 20 288 M., Rücksichtsrat 16 288 M., Geholzungen für Beamte 4500 M., Arbeiter-Gewinnbeteiligung 14 868 M., 14% Dividende 140 000 M. und Vortrag 29 688 M. — Die vereinigten Brek- und Hammerwerke Dahlhausen-Bielefeld erzielten im ersten Jahr nach der Verschmelzung des bisherigen Stahl- und Eisenwerks Dahlhausen mit den Bielefelder Brek- und Hüttenwerken nach 83 873 M. Abschreibungen einen Nettoverlust von 227 514 M. zur folgenden Periodenwendung: Gewinnanteile 15 900 M., 10% Dividende gleich 180 000 M. und Vortrag 31 614 M. — Rheinstrom & Pilz, Emaillewerk, in Schwarzenberg erzielte 247 155 Mark Steingewinn. Nach 89 059 M. Abschreibungen und bei 50 862 M. Vortrag folgen wieder 10% Dividende verteilt werden. — Der Rohrüberhaupts der Karlschütte, Eisengießerei und Maschinenfabrik in Wittenber stellt sich auf 699 618 M. Nach Abzug der Untosten, Zinsen, Abschreibungen usw. verbleibt ein Steingewinn von 185 992 M., dessen Verteilung wie folgt beantragt wird: Al. Vorstand und an Beamte 23 389 Mark, 6 1/2% Dividende, Sonderrücklage 10 000 M., an den Rücksichtsrat 6960 M. und Vortrag 15 643 M. — Das Eisenwerk Nürnberg vorin J. Tafel & Co. erzielte einen Steingewinn von 85 948 M. Daraus soll eine Dividende von 6% verteilt werden. Für Lohnsteuer wurden 10 000 M. zurückgestellt und 9 948 M. vorgetragen. — Archimedes, L.-G. für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin und Breslau erzielte nach 56 661 M. Abschreibungen einen Steingewinn von 108 282 Mark. Gewinnanteile 20 732 M., 3% Dividende 78 000 M. und Vortrag 5550 M.

\* \* \*

Die Gelben haben von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, der Welt etwas weiß zu machen. So auch wieder am heutigen 8. November, nachdem sie am Tage vorher in Berlin das 20jährige Stiftungsfest der sozialen Fürsorge durch einen solennen Konsmers gefeiert hatten. Einem sozial fortgeschrittenen Menschen ist es unschwer, wie die Gelben, die doch keinerlei Sachen wollen, sondern nur nach Wünschen stimmen, ausgerechnet unsere Sozialgefegebung zum Ausgangspunkt einer Defensivfahrt machen können. Die Geburtsstunde der Gelben waren doch immer die erbitterlichsten Gegner der Sozialreform.

Über die Ursachen der gelben Bewegung wurden starke Sachen erzählt. Der Bund gelber Werkvereine ist nach Rupp-Böllingen infolge des sozialdemokratischen Terrorismus gegen Arbeitswillige entstanden. Sozialdemokratischer Terrorismus und — Böllingen a. d. Saar, das paßt zusammen wie die Faust aufs Auge. Außerdem rufen die Gelben vorsätzlich mit den Genossen an einem Streit zu ziehen, wenn es ihren Zwecken dienlich ist. Die Essener „Blutopferlinie“ haben es ja in dieser Beziehung zu einer gewissen Verlässlichkeit gebracht.

Der Berichterstatter vom Bund sozialdemokratischer Arbeitervereine berichtet nichts über die Gründungsursachen, er beschönigte sich auf die charakteristische Mittelung, sie seien nach allen Ansehnungen, auch von Politikern und Parteien, auf einen Bestand von 152 Vereinen mit 32 000 Mitgliedern angekommen. Das ist kein überwältigendes Resultat, wenn die Gescheite, die Schuhfabriken und der Terrorismus der Großindustriellen als gelbe Agitationsmittel gebührend berücksichtigt werden. Selbstredend nahmen die Gelben auch eine Resolution an gegen den Streik und Arbeitswilligen brach der national-überale Abgeordnete Dr. Röhring ebenfalls eine Lanze. Die „Söldnische Zeitung“ vom 8. November läßt ihn sagen:

„Aus seiner Tätigkeit als Richter müsse er feststellen, daß der Schutz der Arbeitswilligen bisher völlig ungenügend sei. Beschimpfungen, Bekämpfungen und Körperverletzungen müßten unbedingt bleiben, weil meist der Beweis nicht zu erbringen sei. Unter jegiges Recht lege dem Richter die Pflicht auf, mit der größten Scharfe gegen Jägermann, der einen Arbeitswilligen beschimpft, bedroht oder von der Arbeit zurückhält, vorzugehen, sobald das Beweismaterial eine ausreichende Handhabe biete. Er könne behaupten, daß seine Kämmer, wenn Leute gefangen werden könnten, sich nicht geriert habe, von den gesetzlichen Bestimmungen energischen Gebrauch zu machen. (Sturmlicher Beifall) Aber führen; denn in der Zeit zwischen der polizeilichen Anzeige und der Gerichtsverhandlung sei der Arbeitswillige von Anwälten, Parteiorganen und Arbeitskollegen schlapp und unfrisch gemacht worden. Der Richter habe jetzt oft das Gefühl, daß das Versehen des Zeugen in der Hauptverhandlung auf Grund vor der Macht der Sozialdemokratie und der Organisation erfolgte.“

Auso ein preußischer Richter in der Meinung, daß Zeugen vor der Gerichtsverhandlung schlapp und unfrisch gemacht werden, auch von den preußischen Rechtsanwälten. Ganz so schlimm ist es nun doch nicht, jedenfalls nicht schlimmer als in anderen Prozeßen. Dort darf natürlich nach dem juristischen Standpunkt: „ad iudicium et altera pars“ gehandelt werden. Über freitende Arbeit, die stehen ja unter dem Absatznepotograph 153 der Gewerbeordnung, folglich . . . Es ist wirklich weit gekommen, daß auf einer angeblichen Arbeitstagung in sozialer Weise hart gemacht wird.

Doch die Gelben eine unübertragbare Kraft von den christlichen Gemeinschaften trennt, brauchen sie nicht erst so bestimmt zu betonen. Die christlich-nationale Freiheitshandlung eben in dieser Hinsicht mit dem vorarländischen Richter, der da sang: „Der Gott, der Eisen wünschen ließ, der wollte keine Freiheit!“

Den Schirmvögten der Kassenärztler werden in der letzten Nr. des Fortschrittsblattes der sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale flüssigende Öffnungen verabfolgt. In dem Blatt wird auf Seite 687 ausführlich gesagt, daß es Deute gebe, welche glauben, die Gewerkschaften als Durchgangsstation benutzen zu können. Sie stehen sich Gelder von den Gewerkschaften, aber aus Zurückgeben hätten sie nicht, „weil die Gewerkschaften nicht flügen können“. Genosse Hermann Koch aus Saalfeld, der Verfasser des Artikels, sieht nun einander, daß dem nicht so sei, und er gibt genau den Weg an, „wie es gemacht werden muß“, wenn die Gewerkschaften wieder zu ihrem Gelde kommen wollen. Als Beispiel für die Nichtigkeit wird angeführt, daß er schon zweimal Erfolg damit gehabt habe. In einem Falle wurde sogar — merkt auf ihn Vorfahr und Hamann! — ein ehemaliges Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auf Herausgabe seines Mitgliedsbuches verklagt, weil das Buch Eigentum des Verbanbes sei. Und der Mann hieß Herrn. Genosse Koch macht darauf aufmerksam, daß ihm das Rezept auf den freien Gewerkschaftsschule in Berlin verzeichnet worden sei, und zu Nutz und Frommen seiner frei-gewerkschaftlichen Mittelt wird es veröffentlicht im Publikationsorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale. Während also die Gewerkschaften in Saalfeld auf Herausgabe der Mitgliedsbücher klagen, unter dem Beifall der Generalkommission, gewinnt man in Pforzheim den Kassenärztler, welche eine „christliche“ Gewerkschaftskasse ausplündern wollen, freigewerkschaftlichen Schuß! — Warum mag wohl das Fortschrittsblatt den Artikel des Genossen Koch gerade jetzt veröffentlichen? — Viele Menschen behaupten, es geschehe aus dem Grunde, die Doppelmoral der roten Kassenärztler-Schirmvögte in Pforzheim vor aller Welt bloßzustellen. Ob's stimmt?

Geführten ersehen, wohin die Reise geht. Es wird Intimer mehr nur Notwendigkeit, daß wir uns einzusammeln in christlichen Metallarbeiterverband. Jeder muß ein Agitator für unsere Sache werden und mit dem Entschluß an die Arbeit gehen, dahin zu arbeiten, daß im Laufe des Winters unsere Mitgliederzahl verdoppelt wird.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Rebaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusehen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Schloß-Holte.** Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Millingen.** (Kreis Rees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Dortmund-Nünne.** Neben die Gleiserel der Firma Krupp in Nünne ist die Sperrre verhängt.

**Barmen-Erversfeld.** In der Metallindustrie hier selbst und der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

**W.-Gladbach.** Die Firma Scheib und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisengießerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Meppen.** Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Twistringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Eischläfern ist streng fernzuhalten.

**Solingen-Haan.** Bei der Firma Hofmeier & Co., Maschinenfabrik sind wegen Misregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

**Köln-Trostdorff.** Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. stehen im Kampfe zur Verteilung des Koalitionsrechtes. Zugang fernzuhalten.

**Berlin.** Die Berliner Formar und Eisengießereiarbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Rehheim-Bremen.** Die Stampfer der Firma Eiselemeier stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

**Gevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Schirhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beleidigung von Missständen und Durchführung einer Lohn erhöhung im Streik.

**Langerwehe-Schöntthal.** Bei der Firma Karl Schleicher & Söhne, Nagelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Naglern ist streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Elektriker stehen im Streik. Zugang fernzuhalten.

**Krefeld.** Sämtliche Gießerarbeiter der Firma Schröder stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Stellmachersbranche gesperrt. Bereitsende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hosenstraße 12 zu melden.

**Eschweiler.** Bei der Firma Schweißer-Ratinger Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Eisenbahnern, Hoblern, Fräsern z. ist streng fernzuhalten.

**Zugang ist fernzuhalten.**

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. November 1911 der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember 1911 fällig.

Die Verwaltungsstelle Kiel erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pf. ab 1. Januar 1912. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

**Die Abrechnung vom 3. Quartal** haben die nachfolgenden Ortsgruppen noch nicht eingeführt: Bremerhaven, Köln, Krefeld, Dessau, Düren, Düsseldorf, Erlangen, Euskirchen, W.-Gladbach, Geislingen, Giessen, Hanau, Königsberg, Lauterbach, Lehrbach, Neisse, Oberursel, Rendsburg, Rheinsfelden, Salbke, Sinsheim, Schleinsfurt, Weiherhammer, Wiesbaden, Worms, Würzburg. Die zuständigen Bezirksleiter werden erucht, dafür zu sorgen, daß die Abrechnungen der vorstehenden Gruppen spätestens bis 1. Dezember eingesandt sind.

## Adressen.

**Frankfurt a. M.** Das Büro unserer Ortsverwaltung befindet sich Schnurgasse 73 II. Adresse: P. A. Hahn.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Oberhausen-Wild.** Wer aufmerksam unsere Verbandszeitung verfolgt, macht die Beobachtung, daß für die Kollegen in vielen Fällen Lohn erhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt wurden. Seit 2 Jahren ist aber von den Verhältnissen der hiesigen Arbeiterschaft noch nicht wieder die Rede gewesen; anschließend herrschten bei uns also die besten Zustände. Wer welche eine Entzündung. Ein großer Teil der Arbeiter lebt unter einer schwer empfundenen Lohnverkürzung neben einer Verlängerung der Arbeitszeit. Oberhausen trifft dies zu für die Arbeiterschaft des Walzwerks. Oberhausen der Gütervertriebshütte. Troß Bundesratsberufung blüht hier das Überfluss- und Überschichtenunwesen. Bis zum Jahre 1909 waren die Zustände noch erträglich, aber es wird immer schlimmer. Eine Entzündung in Form eines Lohnauflösungs für Überarbeit war hier unbekannt, wodurch eine Verkürzung der Überarbeit bei vollem Schichtlohn. A. B.

arbeiteten die Leute die Nebenschichten früher mit von 8—4 Uhr; aber diese Arbeitszeit wurde langsam verlängert. Heute muss die Arbeit bereits um 7 Uhr wieder aufgenommen werden; ohne Pause soll durchgearbeitet werden bis 12 Uhr, hierauf von 1—6 Uhr bei einer halbstündigen Pause. Wo eine Mehrleistung an Arbeit von 2½ Stunden ohne jede Vergütung.

Aber es ist nicht nur die längere Arbeitszeit allein, sondern auch die Intensität der Arbeitsleistung an sich ist beinahe verdoppelt. So ist z. B. die Fertigung im Stahlbetonbetrieb stark gestiegen. Während eine Walschraube — nehmen wir einmal die Doppelwalschraube — vor zwei Jahren durchschnittlich 65—70 000 Kilogramm fertigstellte, liefert heute dieselbe Straße bereits über 100 000 Kilogr. Zugleich am 23. 10. brachte sie es auf 110 000 Kilogr. Dabei ist die Zahl der in Frage kommenden Arbeiter nicht etwa erhöht, sondern verminderlich worden. Aus solchen Zuständen erklärt sich auch der furchtbare Wechsel der Leute in diesem Betriebe. So hat z. B. ein Vorarbeiter bei einer Polonniensäcke von 5 Mann in rund 2 Monaten 42 Leute beschäftigt; ja, ein Bett kostet nicht einmal eine Schicht lang aus. Hierzu kommt noch das unvorherrige Antretbestreben, wie es besonders Herr Direktorassistent Steinmeier organisierte. Als am 23. 10. die Leute im Scherenbau bei einer so stark fortwährenden Produktion diese nicht mehr bewältigen konnten, erklärte der Herr den Vorarbeitern: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie keine Minute zu verlieren haben, Sie müssen mit den Wälzen fortkommen. Treiben Sie die Leute mehr an!“ Als dies nicht genügte, befahl er in schroffster Form: „Schwänzen Sie die Leute mehr auf! sonst...“

Wenn nun nach solchen überaus strengen Arbeitsleistungen die Leute abends 6 Uhr die Überarbeit verweigern, welche oft mehrere Abende hintereinander verlangt wird und zwar oft bis 10 oder 11 Uhr, so werden sie auf Anordnung des Herrn St. einsatzfestgestellt; so z. B. am 1. Oktober. Aber nur Gebild, die Spannung der Arbeiterschaft ist bald auf das höchste gestiegen, nur der nahe Winter kostet seinen Rückzug schon jetzt zu sehr. Über das Verhalten einiger anderer Beamten ein andermal.

**Umrückung der Rebaktion:** Dieser Notschrei eines Kollegen aus dem Betrieb der Großseifenindustrie ist charakteristisch für die dort herrschenden Zustände — trop. Bundesratsverordnung und Gewerbeamtauftrag. Es bestätigt sich hier eben wieder, was wir schon seit jeher betonten: Ohne die gewerkschaftliche Organisation werden die Hütten- und Walzwerksarbeiter nicht vorwärts kommen. Wie geschicklich Schutzmaßnahmen werden von den Werkstätten wieder illyrisch gemacht, weil eine zum Überzeugenden Teile unorganisierte Arbeiterschaft ganz und gar nicht in der Lage ist, deren Einhaltung von den Vorgesetzten zu erwarten. Wenn die Hütten- und Walzwerksarbeiter das mit einem in ihrer Mehrzahl eingeschlossenen und sich ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen wollten, dann brauchten sie selbst unter dem „Druck des nahen Winters“ eine heimische standhafte Behandlung nicht wehrlos über sich ergehen zu lassen.

**Schwäb.-Gmünd.** (Um den Wassern Babylons saßen sie und weinten.) Den hiesigen Metallgewissen hat es der Bericht über die Bewegung bei der Firma Miz und Schweizer in unserer Nr. 41 angekündigt. In der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung und im Göttlinger roten Blatt vergleicht jemand bittere Tränen davon. Zu seiner Beurteilung jongliert der Mann da mit Fässeln herum, um das von uns Gesagte zu entkräften. Die Zahl der in dem Betriebe für eine Bewegung in Frage kommenden Arbeiter gibt er einfach um 20 zu hoch an. Aber selbst mit diesem Bluff lässt sich gegen die von uns angewandte Taktik nichts beweisen. Denn die Zahl der Beteiligten ist für die Aussicht einer Bewegung noch lange nicht immer und unter allen Umständen von ausschlaggebender Bedeutung. Zett und Umstände spielen dabei nämlich auch eine nicht zu unterschätzende Rolle — das willte nach Oberstein und Pforzheim auch ein angehender roter Strategie bald kriegt haben. Zett und Umstände aber waren für die Bewegung in Gmünd, wie der Erfolg beweist, von uns durchaus richtig gewählt. Wir begreifen nun sehr wohl den Schmerz, der wegen unseres Erfolges im roten Lager herrscht, können aber nichts daran ändern, wenn die rote Agitationsschablone, wonach die „Christen“ keine Kämpfe zu führen vermögen und die „Christen“ in Gmünd bald verschwinden werden, nun abermals als „roter Humba“ am Pranger steht. Das ganze rote Gehabe über die angeklagte „Schlechtheit“ und „Unfähigkeit“ der „Christen“ zieht nicht mehr — daher die Tränen!

Was der rote Schreiber da mit seinem Zahlenumstückschen gegen uns ins Feld führen möchte, ist als zunächst eitel Glotzerei, des weiteren aber auch erbärmliche Leuchtkugel. Was er da mittelbar als Regel ausspielen will, dagegen hat seine eigene Organisation in Tausenden von Fällen grösstlich versessen. Auch ist es nicht unsere Art, die Wahrheit krumm zu liegen, wie der Genosse uns unterstellen möchte. Wir kennen aber einen „Schmied“, der Anleitung dazu gibt. Das ist der bekannte sozialdemokratische „Weltweise“ Krautsh, nach dessen Anweisung bekanntlich ein Genosse dem Gegner gegenüber nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet ist. Die Genossen haben also in dieser Beziehung vor der eigenen Türe noch genug zu fegen. Daß unser Kollege Staub Mitglied des roten Metallarbeiterverbandes in böswilliger Weise denunzierte, ist nicht gerichtlich erwiesen, weiter roter Flunkerspar! — also immer hübsch bei der Wahrheit bleiben.

Auf derselben „windigen“ Höhe steht auch die Behauptung der Streikbruchermittlung. Wie lag denn die Sache damals? Die roten Giecker der Firma Miz u. Schweizer verzögerten von der Firma die Einhaltung früher getroffener Abmachungen — nach den Berichten der Genossen. In der Offenlichkeit war die Ansicht vertreten, es handle sich mehr um die Verdrängung des Arbeiters Rapp, an dessen Stelle sich der former Grupp fehlten wollte. Die Firma maßregelte nun den former Grupp. Die Genossen der Giecker legen daraus hin die Arbeit nieder, ohne ihre Kollegen in der Maschinenfabrik auch nur zu verständigen. In einer Betriebsbesprechung nahmen unsere Kollegen zu der Sache Stellung. Derselbe ergab, daß die Dinge nicht günstig für die Streikenden ständen. Von den anwesenden Streikenden wurde höchst erklärt, auf die Mitwirkung der „Christen“ ist gesetzt... die brauchten wir nicht, u. a. m. Daraufhin legten sich unsere Kollegen mit vollstem Recht, wenn es so aussieht, bestellt für uns wider Streik noch Spalte, zumal sich die rote Verbandsleitung auch nicht im geringsten bemühte, uns von dem Streikbeginn zu unterrichten. So lagen die Dinge für die christlichen Arbeiter damals. Mit den beiden Betrügern und Schwindlern, welche sich als unorganisiert ausgaben und sich auf unserem Büro Unterstützung erschwiebelten, mag die Leitung des roten Verbandes nur Staat machen und sie sogar noch in Schutz nehmen, damit

zeigt sie denkenden Menschen doch nur den moralischen Tieftstand an, auf dem man im sozialdemokratischen Lager allmählich angelangt ist.

Nicht die Verhandlungen, die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit der Firma führte, war Ursache unseres Erfolges, sondern der in seiner Art musterhaftig geführte Kampf der christlich organisierten Arbeiter. Diese Tatsache zu verwischen wird auch den roten Verbrennungskünstler nicht gelingen. Den Kollegen sei jedoch die Freiheit der Genossen eine erneute Mahnung, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern dafür zu sorgen, daß der Kampf zu uns gehörende Kollegen und die letzte Kollegin für den christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden.

**Bremerhaven.** Unsere Versammlung am 22. Oktober zu der auch die Frauen unserer Kollegen geladen waren, erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Herr Lehrer Wolf, ein treuer Freund unserer christlichen Gewerkschaften, einen recht zeitgemäßen Vortrag über das Thema „Hungersnot in alter und Neuerungsschäden in der nächsten Zeit“. Referent ging zunächst auf die Wirtschaftsschäden früherer Jahrhunderte ein und zeigte, wie ihre ganze Eigenart Hungersnot geradezu herausbeschrieben hätte. Er verglich dann die Verkehrsseinrichtungen jener längst vergangenen Tage mit denen der jetzigen modernen Zeit und führte aus, daß man sich heute innerhalb weniger Wochen ein fast genaues Bild der Weltenteilung bilden könnte. Hungersnot, wie sie uns die Geschichte schlechter Jahrhunderte schildern, könnten deshalb kaum noch entstehen. Nachdem dann auf die verhängnisvollen Folgen der Hungersnot hingewiesen worden war, ging Siebert auf die Neuerungsschäden unserer Tage ein. Er beleuchtete treffend die sozialdemokratische Agitation gegen unsere Landarbeiter und die bewährte deutsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte. Die rote Agitation charakterisierte er dahin, daß sie lediglich wirtschaftlichen Bestrebungen entspringe; die Genossen wollen die „Vollbeschäftigung“ erreichen, damit sie mit dem roten Stimmzettel „Rache“ nehmen. Am hand zahlreicher Aussprüche aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen belegte er die Tatsache, daß es in erster Linie der Christlichen Handel sei, der von der Art und Weise, wie die Sozialdemokratie die Neuerung bekämpft, durch ungehobene Gewinne profitiere. Im weiteren Verlauf der Aussprachen, die ja nur ihrem Vernehmen nach wiederholten werden können, wußte sich Siebert der Frage zu: Wie ist denn dem wirtschaftlichen Betriebe Einhalt zu tun und die außergewöhnliche Spannung zwischen dem Verkaufspreis des Produzenten und dem des Detailhandels zu terminieren. Neben größtmöglicher Frachtermäßigung wies er namentlich auf die Kommunalverwaltungen hin, die instande seien, dem unreellen Zwischenhandel entgegenzutreten. Wie jetzt schon die Stadtverwaltungen dazu übergegangen seien, billige Sozialsche zum Verkauf anzubieten, so müsse dies auch bei den anderen Hauptnahrungsmitteln der minderbemittelten Bevölkerung geschehen. Auch auf die Beziehungen an manchen Schlacht- und Viehhöfen müsse einmal die allgemeine Zusammensetzung gelehrt werden. Wenn ja als Schichten der Bevölkerung mit Einsicht und Wissbegier einerseits den Willen nach einer Besserung der Beziehungen befundenen, dann aber andererseits alle dahinzielenden Massnahmen auch ihrerseits unterstützen, so werde dadurch vieles an einer Milde der heutigen Neuerung beigetragen. Die Aussprachen des Herrn Sieberts, zu denen sich noch einige Kollegen in der Diskussion äußerten, fanden ungemein Beifall. In einer der nächsten Versammlungen wird Herr Lehrer Wolf ein Thema behandeln, welches namentlich auch unsere Frauen interessieren wird.

**Kurzvorange.** Mit der neuen Reichsversicherungsworming beschäftigte sich die hiesige Arbeiterschaft in zwei Versammlungen am 22. und 28. Oktober. Es handelte sich in der Hauptrede um die Verfehlung der zwei hier bestehenden freien Hilfsklassen mit der Ortsfrankenklasse. Die erste Versammlung war vom „freien“ Gewerkschaftskreis einberufen und wies nur einen minimalen Besuch auf. Referent war der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Markloß von Freiburg. Die zweite vom Vorstand der hiesigen Ortsfrankenklasse einberufene Versammlung, in der Herr Direktor Sigismund von Karlsruhe sprach, wies hingegen einen guten Besuch auf. Wegenken von einigen politischen Seitenprüungen des sozialdemokratischen Referenten waren beide Referate sachlich und instruktiv gehalten und erfüllten den Zweck, die Besucher über wichtige Bestimmungen des R.-B.-D. zu belehren. Wenn betont wurde, daß die R.-B.-D. noch nicht alle berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft verwirklicht habe, so ist das eine Einsichtswahrheit, die auch von uns noch nie in Abrede gestellt worden ist. Gestieghalten mag aber an dieser Stelle werden, daß selbst Genosse Markloß in der Diskussion sagt: „die deutsche Arbeiterversicherung verdiente Anerkennung.“ Trotzdem sie noch Verbesserungsbedürftig sei.“

Die Versammlungen dienten aber nicht lediglich der Belehrung über die Bestimmungen der R.-B.-D. im allgemeinen, sondern ihr spezieller Zweck war, die Missverständnisse und Hindernisse, die sich in der Verfehlung der beiden hiesigen Hilfsklassen mit der Ortsfrankenklasse entgegentestanden, hinwegzuräumen. Beide Versammlungen stimmten denn auch dem Vorschlag einer Verfehlung zu. Aus den Ausführungen des Herrn Fabrikanten H. Siebert in der zweiten Versammlung ging des weiteren hervor, daß die hiesigen Arbeitgeber auch nach der Verfehlung von der Gründung von Betriebsklassen abssehen werden. Dieses Gedanken gegen die Verfehlung wäre also ausgeräumt.

Aber damit ist die Bahn noch nicht frei. Die hiesige Franken- und Begräbnisklasse „Freie Hilfsklasse“ hat bei einer Mitgliederzahl von 8—900 einen Reservesonds von 13—14 000 M. Das Statut sieht bei „Auflösung“ der Klasse eine Verteilung des Vermögens an die Mitglieder nach Maßgabe der Lauer der Mitgliedschaft vor. Da sind es nun einige ältere Mitglieder, die in der Hoffnung, ein paar Mark zu ergattern, die Verfehlung klämpfen und statt dessen sicher die „Auflösung“ und Verteilung der Gelder suchen. Vom sozialen Standpunkt aus ist diese Kurzsichtigkeit außerordentlich bedauerlich. Denn die Ortsfrankenklasse, bei der doch auch die Hilfsklassenmitglieder versichert werden, würde durch die Zuwendung des Fonds bedeutend leistungsfähiger werden. Es kommt dann doch auch den Mitgliedern der früheren Hilfsklassen zugute, wenn hier Mehrleistungen ohne höhere Beiträge durchgeführt werden könnten. Der vielfach vorgebrachte Einwand: „Das ist unser Geld, das haben wir für uns bezahlt“, ist ganz unangebracht. Denn einer Frankenklasse muß der Arbeiter angehören; dieselben Beiträge hätten sie also anderfalls in die Ortsfrankenklasse entrichten müssen. Die Beiträge sind also nicht zum Ansammeln und Verteilen, sondern für die Zwecke der geistlichen Krankenversicherung entrichtet worden. Und wie wäre schließlich, wenn die Mitglieder der Ortsfrankenklasse einmal den Spieß umdrehen wollten? Wer

dem schlägt ja schon das Gesetz einen Regel vor — die müssen leben, der da als Versicherungspflichtiger kommt, aufzunehmen. Ein jedes Mitglied muß da im Falle der Erkrankung untersucht werden — von deren Geld — selbst wenn der Betroffene selbst noch nichts geleistet hätte.

Müssen sich also die Kollegen aus den Hilfsklassen die Sache noch einmal in Ruhe überlegen. Bei Würdigung aller Umstände werden sie schließlich zu der Überzeugung kommen, daß sie an einer starken und leistungsfähigen Ortsfrankenklasse ein größeres Interesse haben, als an der Berücksichtigung des angesprochenen Fonds. Vor allen Dingen aber hat die Turmberger Arbeiterschaft ein Interesse daran, daß die Turmberger Arbeiterschaft eine Verschiedenheit ohne jede Leidenschaftlichkeit ausgetragen werden und nicht eine Verbitterung unter den Kollegen Platz greift, die nur zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft am Orte ausschlagen könnte.

**Aus Saarabien.** Die Großseifenindustrie an der Saar ist jetzt bekanntlich riesengewinn ab, was sie jedoch keineswegs hinzubringt, die erbärmlichsten Löhne zu zahlen. Die Burbacher Hütte verteilt z. B. in diesem Jahre wieder 35 Prozent Dividende an ihre Aktionäre. Der Rohgewinn des Werkes betrug 6 084 314 M. Die Herren Protestoren der Gelben erhielten Renten im Betrage von 271 111 Mark. 1 000 000 Mark wurden auf Rückstellung gebucht. Im ganzen wurden 4 404 314 M. abgeschrieben und 1 680 000 Mark gelangten zur Verteilung an die Aktionäre. Man er sieht aus diesen Zahlen, daß der Gewinn nicht wohl die Verteilung einer Lohnhöhe in doppelter Höhe ermöglicht hätte. Wer die Herren fanden es anscheinend klüger, die Geister der „Habiger“ unter der Arbeiterschaft nicht allzu sehr zu wecken. Die Arbeiter wären bei 60—70 % Dividende vielleicht der Verfehlung erlegen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um von dem überreichen Segen der Arbeit etwas mit abzubekommen.

Diese den Herren Hüttenbetrieben so ungeheuerlich schneidende „Begehrlichkeit“ der Arbeiter muß mit allen Mitteln hinzangestellt werden. Man gründet Werkvereine, um die Arbeiter vor der Verfehlung mit den christlichen Gewerkschaften zu bewahren. Selber haben wir auf der Burbacher Hütte noch Arbeiter, die sich widersprüchlich in die Hütte (wollstünliche Bezeichnung für die gelbe Werkuniform) stecken lassen und die resigniert ihre Freiheit, ihren Willen und ihre Überzeugung verlassen für die Hütte, nach einem 25jährigen Entwickelungsdienst auf der Hütte einer Jubiläumsjahr wüstig befunden zu werden. Gegenüber dem Vorjahr wies der Rohgewinn der Hütte ein Mehr von 630 500 M. auf. Von einer Rohverhöhung war selbstverständlich keine Rede. Wozu auch? Man konnte das billiger haben, indem man sich die Gelben im Hüttenverein ein paar Kleinstmünzen mehr wie im Vorjahr von der reichen Tasche abfallen ließ. (Siehe den Artikel „Doppelte Portionen“ in unserer Nr. 42.)

Die Burbacher Hütte hat auch wirklich allen Grund, den ihr so nützlichen gelben Werkverein zu begen und zu pflegen; denn diese Taktik erlaubt es ihr, die Löhne in den Jahren 1908 und 1909 ganz erheblich zu reduzieren. Selbst heute noch bringt sie es durch ihre Gelbenpfeife-Politik fertig, die Löhne tiefer zu halten, wie sie 1906 nach dem Streik gestanden. Die Hütte macht so mit ihrer Gelbenpfeife ein Bombengeschäft auf Kosten der Arbeiter. Wie lange noch wollen sich die Arbeiter der Burbacher Hütte von den gelben Protestoren „scheren“ lassen? Kollegen, weg mit der den Mann entbehrenden gelben Schmach! kämpft mit für eure Rechte, indem ihr sämtlich eintretet in den christlichen Metallarbeiterverband. Dort ist der Platz für jeden standesbewussten und vorwärtsstreben den Metallarbeiter.

**Wilhelshaven** Zum „Musterbetrieb“, wie er nicht sein soll, entwidelt sich leider immer mehr die hiesige Kaiserliche Werft. An und für sich ist es ja erklärlich, daß sich in einem Dienstbetriebe hin und wieder von der Arbeiterschaft als unliebsam oder gar unerträglich empfundene Missstände einschleichen, ohne daß man deshalb billigerweise gleich der Werftleitung die Schuld aufzuladen kann. Die hiesige Reichswerft hat aber nun doch ihren Arbeiterausschuß im wesentlichen zu dem Zwecke erhalten, damit durch dessen Tätigkeit dergleichen Verfehlungen der Arbeiterschaft der Leitung zur Kenntnis gebracht und so für eine zeitige Wiederrichtung der Missstände gesorgt werden kann. Die Werftleitung aber scheint auf dem bedauerslichen Standpunkt zu stehen, die durch den Arbeiterausschuß ihr übermittelten Beschwerden der Arbeiterschaft mit militärischer Worte generell als unberechtigt zurückzulegen zu müssen. Dazu durch ein solches Verhalten beim Betriebe in keiner Weise gedient ist, ist für jeden Einsichtigen ohne weiteres klar.

Von der Arbeiterschaft wurde es bereits seit längerer Zeit unliebsam empfunden, daß derjenige, der aus irgend einem Grunde das Stempeln seiner Zeitkarte vergessen hatte, ohngeachtet einer Guade mit zwei Stunden Lohnverlust bestraft wurde. Der Arbeiterausschuß wurde mehrere Male erucht, Anträge auf Milbung dieser Bestimmung zu stellen, wodurch Erreichen er denn auch nachkam. Begündet wurde der Antrag mit dem Hinweis, wie schwer eine Arbeitersfamilie durch einen solchen Lohnverlust betroffen werde und wie verunsichernd eine Strafe auf einen halben Stundenlohn befürwortet. — Und die Antwort der Werftleitung? Sie erfolgte durch Anschlag am 30. Oktober dieses Jahres und hat folgenden Wortlaut:

Nicht sieimpeln der Zeitkarten.

Das Richtstempeln der Zeitkarten kommt so häufig vor, daß ein energisches Vorgehen geboten erscheint. Die Entscheidung der Werft vom 24. 9. 1908 Br. N. 33 244 V. in Verbindung mit der Entscheidung vom 29. 9. 1911 Br. N. 11 973 V. wird daher aufgehoben und wegen Richtstempeln der Zeitkarten treten vom Beginn der Bekanntmachung durch Tagesbefehl zum Aushang folgende Bestimmungen in Kraft: Das Richtstempeln der Zeitkarten bei Beginn oder Schluss der Arbeit wird das erstmal mit einer Stunde, bei Wiederholung innerhalb eines Jahrs seit der ersten Bestrafung das zweitemal mit zwei Stunden und das drittemal mit fünf Stunden Lohnabzug bestrafen. Bei noch häufigerer Wiederholung innerhalb eines Jahrs seit der ersten Bestrafung tritt Entlassung ein.

Wird die Zeitkarte versehentlich von einem Arbeiter falsch gestempelt oder verwechselt und dieses Vorgehen sofort gemeldet, so ist der ausschließende Beamte gehalten, den Zeitpunkt der Melbung nach der Kontrollstunde auf der Karte zu notieren. Dieser Zeitpunkt gilt als abgesempelte Zeit. Es tritt also Strafe nur dann ein, wenn die Melbung nicht vor dem Zeitpunkt des Beginnes der Arbeit gemacht ist oder bei Schluss der Arbeitzeit bis unmittelbar nach Schluss des Auspassierens der zu kontrollierenden Arbeiter,

Im Wiederholungsfalle wird das Fälschstempeln bestraft, das Verwechseln der Zeittafel das erstmal mit einer Stunde, bei Wiederholung innerhalb eines Jahres seit der ersten Bestrafung das zweitemal mit zwei Stunden und das drittmal mit fünf Stunden Lohnabzug bestraft. Bei noch häufigerer Wiederholung innerhalb eines Jahres seit der Bestrafung trifft ebenfalls Entlassung ein.

Die Lohnabzüge sind im Sinne des § 9 der A.-D. als Bestrafung anzusehen.

ges. Oettermann.

Beim Lesen des Werterlasses kann man sich wirtschaftlich überzeugen nicht erwehren, daß eine so geartete „Abstellung von Besenwerken der Arbeiterschaft“ von dieser geradezu als Schlag ins Gesicht empfunden werden muss. Gewiss, auf einem Menschenwert ist Ordnung unerlässlich; aber mit solchen brutalischen Maßnahmen wird weder der Ordnung im Betriebe noch dem Interesse des Werkes überhaupt gedient. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung kann ein Arbeiter mit Entlassung bestraft werden, wenn er beharrlich die Arbeit verweigert. Nach diesem Erlass eines Reichsbetriebes aber wird er entlassen, wenn er in einem langen Jahre harter Berufsarbeit sich ständig nur gegen die Bestimmungen betr. Stempeln der Zeittafeln verhält. Und wie leicht kann nicht ein solches Versehen einem Arbeiter passieren, der sich auf seinem täglichen Gange von und zur Berufssarbeit mit Familienangehörigen trägt oder der gar sein gesundes Gehörmögen auf der Werft eingeschränkt hat?

Der Unwill der Arbeiterschaft gegen eine solch ungerechte Fürt ist groß. Der Titel Gundenz ist auch hier wieder die Sozialdemokratie, der man durch ungerechte Maßnahmen dieser Art geradezu die Hasen in die Falle treibt. Von der vorgesetzten Behörde der Verfassung aber darf wohl erwartet werden, daß sie hier einmal nach dem Rechten sieht und daraus drängt, daß berechtigte Beschwerden der Arbeiterschaft in der Folge in sozialem Weise erledigt werden.

Die Arbeiterschaft der Reichswerft aber mag aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß auch sie der Organisation bedarf. Wies Klagen und Schimpfen und selbst die Faust in der Tasche hilft nichts. Auch auf den Staatsbetrieben wird die Arbeiterschaft nur als das geachtet und bewertet, was sie aus sich selbst macht. Deshalb hinein, ihr Arbeiter der Reichswerft, in eure Organisation, in den christlichen Metallarbeiterverband. Durch den Anschluß an diese Organisation habt ihr einen Rückhalt, der eine erfolgreiche Vertretung eurer Interessen verbürgt.

**Frankfurt a. M.** Ein lang gehegter Wunsch der frischgründeten Metallarbeiter ist nun verwirklicht worden: Die Verwaltungsstelle Frankfurt und Umgegend hat ihren eigenen Beamten. Dieser neue Ausban der Organisation unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Frankfurt muß den Kollegen erneut ein Ansporn sein, mit Eifer für die Ausbreitung unseres Verbandes tätig zu sein. Gewiß wird der neue Beamte seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellen. Soll diese Tätigkeit aber Früchte bringen, so ist dazu unter allen Umständen die Mitarbeit, und zwar die eifrigste Mitarbeit der Vorsitzen und Vertrauensleute wie aller Kollegen dringend erforderlich. Neue Vertrauensmänner müssen herangeholt, die alten müssen in alter Treue dem Verbande weiter dienen.

Stets Fühlungnahme mit dem Sekretariat muß die Verwaltungsstelle Frankfurt und Umgegend dann zum lebendigen Mitglied am Gesamtorganismus unseres Verbandes machen. Neue Mitglieder müssen gewonnen werden, damit auch das äußere Fazitum dem organischen Aufbau der Verwaltungsstelle entspreche. Wie mancher Kollege noch wird sich selbst eingefehen müssen, daß er gerade zu der Agitation, in der Kleinarbeit, bisher nicht immer so auf dem Posten war, wie es eigentlich hätte sein müssen. Nun wohl, dieser Schaden soll jetzt durch verdoppelten Eifer wieder wettgemacht werden. Tatsächlich heißt jetzt die Parole: frisch ans Werk! Die noch bestehenden christlichen Metallarbeiter müssen unsrem Verbande zugeführt werden. Die paar Wochen bis zum Jahresabschluß müssen uns noch ein gut Stück vorwärts bringen. Deshalb Kampf vor allem der Laiheit und Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen! Dann aber vorwärts zur weiteren Ausbreitung unseres Verbandes, damit wir uns auch hier eine achtunggebietende Position erringen.

## Soziale Wahlen.

**Düren Ahd.** Bei der am 27. Oktober getätigten Gewerberichtswahl, die auf Antrag der christlichen Arbeiterschaft zum erstenmale nach dem Verhältnismäßigstum getätig wurde, errangen die christlichen Arbeiter einen glänzenden Sieg. Mit 1580 Stimmen gegen 393 der vereinigten Sozialdemokraten und H.-D. Gewerbetreiner erhielten sie von 12 zu vergebenden Stimmen 10. Die H.-D. gingen trotz des Wahlganges mit den Sozialdemokraten vollständig leer aus, da ihre Kandidaten auf der Bündnisliste erst an dritter Stelle begannen. Gegen die letzte Wahl vom Jahre 1908 betrug die Erlering der christlichen Stimmen 420, die der Gegenseite 96; die letztere Zunahme ist auf die Beteiligung der H.-D. zurück zu führen. 1908 hatten die Sozialdemokraten den Kampf allein geführt. Jetzt ist für sie das Ergebnis vernichtet, umso starker Stimmengewinn, nehmen sie stellenweise sogar ab. In der Wahlstelle Birkesdorf, wo sie gleichzeitig eine kleine Hochburg zu haben, erhielten die Genossen nur 22 Stimmen, 1 weniger wie 1908. Boden, das hat die Wahl bewiesen, werden die Sozialdemokraten hier nicht gewinnen, wenn unsere christlichen Arbeiter nur alle so weiter auf dem Posten sind.

**Schwäb. Gmünd.** Die diesmalige Gewerberichtswahl hatte für die christlichen Arbeiter ein unerträgliches Ergebnis. Auf die christliche Seite entfielen 538 Stimmen = 4 Beifürworter (vor drei Jahren 652 Stimmen = 6 Beifürworter), auf die sozialdemokratische Seite 920 Stimmen = 6 Beifürworter). Neuerung und Steuerchecke fanden bei tüchtigen, im Süden betriebenen Agitation der Genossen sehr Zustützen, auch erhielten sie von den zurzeit hier an Stauanlagen beschäftigten auswärtigen Bauarbeitern nachhaltigen Zuspruch. Damit findet jedoch nur das Ansichtswollen der sozialdemokratischen Stimmen seine Erfüllung, nicht aber der Rückgang auf christlicher Seite. Hier haben Unteroffiziere und Bequemlichkeit den Gegnern einen billigen Triumph bereitet. Der Ausgang dieser Wahl muß im christlichen Arbeitsertrag zu einer ernsten Gewissens-erforschung und gründlichen Belebung der Arbeitsentzüglichkeit Berücksichtigung geben.

## Gesell.

Eine internationale Konferenz für Sozialversicherung tagte am 18. September in Dresden. Eine ganze Reihe herzogender Sozialpolitiker hatten sich dort eingefunden. In einer viel beachteten Ansprache über die allgemeine sozialpolitische Situation zu Beginn der Verhandlungen führte der bekannte Sozialpolitiker und frühere Staatssekretär des Reichs-ams des Innern Graf von Posadowitz nach der „Kön. Btg.“ folgendes aus:

„Auf einem sozialpolitischen Kongress trat ich vor einigen Jahren der Auffassung entgegen, daß wir unsere Sozialpolitik überspannen. Es wurde mir entgegengestellt, daß das Gebot der Stunde sei, die Selbsthilfe zu wecken. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse lassen jedoch vielfach mit solcher Wucht auf dem Einzelindividuum, daß dieses auferstanden ist, sich selbst zu helfen. Die starke Hand des Staates muß eingreifen, um Uebelstände zu beseitigen, gegen die der einzelne machtlos ist. Es liegt in der Natur des Menschen, daß jeder besteht ist, seine eigene Lage zu verbessern. Es ist die gute Seite dieser Bestrebungen, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt wenn auch nicht immer der sittliche, gehoben wird. Wenn sich zu diesem Zweck die Einzelnen vereinigen, so entsteht das, was wir Massengegenseite nennen. Wie die einzelne Klasse, so suchen ganze Nationen ihre Lage zu verbessern. Wir nennen das Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Kein Staat, keine Gemeinde kann gesunde Sozialpolitik treiben, wenn sie nicht auf gesunder, wirtschaftlicher Grundlage und auf wirtschaftlich aufsteigender Linie befindet. Wir müssen suchen, wie drei Faktoren unseres Wirtschaftslebens: Kapital, Unternehmungslust und Arbeitskraft durch die Gesetzgebung auszugleichen und eine gesunde Diagonale zu finden. Wenn es Aufgabe unseres Vereins ist, die Sozialgesetzgebung auf internationalen Grundlage zu regeln und einen Faktor unseres sozialen Lebens, die Belastung der Produktionskosten, durch die soziale Versicherung in möglichst gerechter Weise zu verteilen und in den einzelnen Ländern parallel zu gestalten, so wird der Wettbewerb gleichmässiger werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe hören nicht auf, solange das Leben eines Volkes nicht finanziell erstarbt ist. Daher kann sich auch die Sozialpolitik niemals erschöpfen. Wir hoffen von der Fortführung einer besinnlichen, ehrlichen Sozialpolitik, daß einigermaßen die Gegenseite gemildert und Zustände herbeigeführt werden, unter denen wirtschaftliche Kämpfe nicht stets zu neuen Schädigungen führen.“

Diese Ausführungen verdienen doppelte Beachtung zu einer Zeit, wo die Scharfmacherpresse die Öffentlichkeit mit Artikelbombardiert, worin ein Wendepunkt, d. h. Stillstand in der Sozialreform verlangt wird.

## Literarisches.

Das „Faschenbuch für evangelische Arbeiter 1912“, herausgegeben von Dr. Weber und Lic. Mummler erschienen und durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle Berlin, Nr. 87, Lite. Barbergerstr. 28 zum Preise von 60 Pf. zu bezahlen. Von 16 Exempl. an kostet es 45 Pf. von 30 Exempl. an 40 Pf. zzgl. Port. Die evangelische Arbeiterschule, sowie alle Freunde der christlich-nationalen Arbeiterschule erhalten hier zu einem überaus billigen Preise ein schönes Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christlich-nationalen Arbeiterschule in einer Reihe von Tafeln und Tabellen genauen Aufschluß gibt. Im gleichen Jahre enthält das Buch außerdem eine ausführliche Darstellung der Reichsversicherungsordnung, die allein den Kauf für jeden Arbeiter lohnt. Es gilt, sich mit der Anschaffung zu beeilen, da die Auflage bald vergessen sein dürfte.

## Geldeingänge bei der Hauptkasse.

Montag Oktober.

Amern 111,35, Fürth 41,69, Berlin 300, Gießen 98,97, Greifswald 50, Götingen 1000, Rottenburg 42,80, Künzelsau 24,40, Hammelborn 43,89, Mainz 229,13, Hannover 450, Roth 85,10, Ulm 137,91, Pforzen 72,60, Groß-Auheim 55,56, Höningen 31,11, Lübeck 66,90, Papenburg 263,99, Hanover 400, Raum 19,99, Altenau 18,97, Dausen 7, Norden 2500, Unterlohe 124,04, Hamm 151,50, Linden 25, Münster 164,94, Trier 160, Hamm 272,80, Durlach 100, Eisenach 157,28, Hammarau 23,86, Ingolstadt 50, Sontheim 97,70, Markt Redwitz 89,95, Tüttlingen 356,55, Haltern 167,85, Augsburg 703,85, Worms 43,40, Göttingen 107,66, Hagen 1500, Herford 48,07, Saarbrücken 2000, Tübingen 163,27, Leer 24,90, Göppingen 199, Heilbronn 140,90, Rabenstell 232,18, Duisburg 2180,63, Gaggenau 35,32, Mannheim 1000, Lauterbach 77,85, Bautzen 51,85, Stettin 168,58, Oldenburg 223,40, Glauchau 19,50, Landsberg 46,90, Hanover 400, Höxter 48,75, Freiburg 300, Wilhelmshaven 132,30, Stromberg 50,46, Kreisring 51,23, Landshut 28,68, Danzig 900, Lübeck 81,28, Halle 120,50, Niederrheinberg 156,57, Lippstadt 761,93, Steinenheim 26,91, Tübingen 670, Kettwig 214,05, Werbohl 200, Rehden 2203,32, Bochum 1317,88, Ulm 211,02, Ingelheim 644,77, Eisenburg 68,10, Deggendorf 170,37, Leine 697,51, Regensburg 304,39, Kassel 159,45, Förde 155,25, Tübingen 38,36, Höxter 24,23, Hamm 1200, Dortmund 3240,87, Düsseldorf 1554,16, Düsseldorf 564,08, Hagen 870, Oberndorf 124,79, Bamberg 120,95, Frankfurt 12,65, Holle 48,14, Bönenbach 133,40, Königshub 47,21, Eiel 128,27, Eissen 6278,80, St. Boni 7,51, Witten 458,03, Ingolstadt 30,21, Ingolstadt 500,75, Euskirchen 7,45, Neustadt a. / Saar 85,59, Gronau 23,06, Hagen 98,40, Gelsenkirchen 769,02, Schwelm 1000, Chemnitz 190,05, Karlsruhe 322,91, Heidelberg 192,27, Ehrenberg 302,09, Oder 224,99, Niederschönen 184,60, Mülhausen i. E. 779,73, Breslau 87,20, Cöpen 187,34, Düsseldorf 188,62, Mainz 80, Düsseldorf 5527,81, Hoppert 104,43, Braunschweig 100, Meissen 39, Schweinfurt 300, Eilenburg 1000,88, Singen 185,85, Lünen 1200,42, Magdeburg 585,79, Bielefeld 15,20, Durlach 136,68, Hanover 388,46, Hamburg 350,60, Nürnberg 1000, Leipzig 148,17, Dülmen 715,63, Witten 150, Düsseldorf 740,13, Schleiden 99, Bremen 20,19, Schaffhausen 157,89, Frankfurt 416,55, Frankfurt 831,49, Speyer 122,17, Olpe 261,32, Eßlingen 150, Lampertheim 18,55, Solingen 67,75, Tübingen 93,45, Eichach 63,02, Bergisch Gladbach 222,59, Grevenbroich 407,99, M. Gladbach 2100, Straubing 64, Bremen 2000, Freiburg 118,40, Solingen 662,26, Bassum 90,87, Berlin 685,78, Gütersloh 193,16, Bamberg 26,50, Geisenhain 189,68, Eppenbach 465,38, Wiesbaden 51,50, Höxter 401,37, Thale 88,64, Heidenheim 57,58, Ludwigshafen 319,38.

## Briefkasten.

Wegen des Feiertags Buß- und Bettag muß für die nächsten Tage Samstag den 18. November, abends 6 Uhr Redaktionsschluß gemacht werden. Anzeigen für den Verkauf im Kalender müssen spätestens Montag früh mit der ersten Post hier eingegangen sein.

## Sterbetafel.

**Angsbury.** Am 23. Oktober starb unser Kollege Sebastian Schweiher im Alter von 52 Jahren an Lungentuberkulose.

**Dortmund-Weithmar.** Am 21. Oktober starb unser Kästner, Kollege Heinrich Rempel, im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.

**Essen.** Am 20. Oktober starb unser Kollege Ludwig Schäfer im Alter von 23 Jahren an Typhus.

**Hamm.** Am 2. Nov. starb unser Kollege, Stiftsmacher Friedr. Krabbe, infolge eines Nierenleidens im Alter von 39 Jahren.

**Würselen.** Am 3. November starb der 1. Vorsitzende unserer Verwaltungsstelle, unser allverehrter und treuer Kollege Johann Rohe im Alter von 37 Jahren an Lungenerkrankung.

**Köln-Kalk.** Am 4. Oktober er. starb unser Kollege J. Naeck im Alter von 58 Jahren infolge eines Magenleidens.

**Barmen.** Am 1. November starb unser treuer Kollege Theodor Hertener, former, infolge eines Betriebsunfalls im Alter von 56 Jahren.

**Breckerde.** Am 3. November starb unser Kollege H. Landwehr im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

**Rehbergh.** Am 3. November starb unser Kollege Fritz Elbers, Packer, im Alter von 30 Jahren nach langer Krankheit infolge Herzähmung.

**Ehrenb. Günzburg.** Am 7. November verschied unser treuer Mitglied Math. Berger, Goldarbeiter, im Alter von 53 Jahren infolge eines Unglücks.

**Ehre ihrem Andenken!**

## Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

**Versammlung ohne triftigen Grund keine Versammlung!**

Freitag, den 17. November.

**Cheim.** Abends 8,30 Uhr im Preußischen Hof, Brunnhausstr. 17 volle Tagessordnung. Feder Kollegen muß zur Stelle sein. Wallau. Abends 6,30 Uhr bei Holl. Schreiber in Niederrheine Beitragsversammlung für Amalienhöhle.

Samstag, den 18. November.

**Düsseldorf-Benrath.** Abends 9 Uhr bei Lampenscher, Mittelstraße, Bezirkss-Versammlung.

**Düsseldorf-Bilk-Friedrichstadt.** Abends 9 Uhr Mengwasser, Bilkstraße-Eckstraße Ende Bezirkss-Versammlung.

**Düsseldorf-Neuß.** Abends 9 Uhr bei Floh, Niederstr. Bezirkss-Versammlung. Referent Leupold.

**Düsseldorf-Niedorf.** Abends 8,30 Uhr bei Sauerkamp Hammerstr. Dortmund-Annen. Abends 8,30 Uhr bei Langmann.

**Eilenbach-Reusel.** Abends 8 Uhr bei Siefen.

**Gelsenkirchen-Duisenstadt.** Abends 8 Uhr bei Strobel.

**Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr „Zum Bierseel“ Breitestr. 114 Milse. Abends 8,30 Uhr bei Rosendahl, Bördestr.

**Köln-Bickendorf.** Abends 8,30 Uhr Bezirkssversammlung bei Lattich, Hauptstr.

**Düsseldorf-Borbeck.** Abends 8 Uhr im Prinz Max, Borbeck.

**Niedergesburg.** Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche. Wichtiger Vortrag.

**Stuttgart.** Abends 8,30 im römischen König.

**Stettin.** Abends 8 Uhr bei Zielle, Neue Straße 2.

**Sonntag, den 19. November**

**Böhm-Weltmar.** Vorm. 11,30 Uhr bei Paul Krell.

**Bückeburg-Wanheimerort.** Nachm. 5 Uhr bei Kassipe, Fischerstr.

**Heilbronn.** Vorm. 11 Uhr bei Körtschlägen.

**Düsseldorf-Gerresheim.** Vorm. 11 Uhr im „Noten hoh“ Grünlingerstrasse Bezirkss-Versammlung.

**Düsseldorf-Müngsten.** Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birkenstr.

**Düsseldorf-Gräfrath.** Nachm. 1 Uhr Bezirkss-Versammlung.

**Dortmund-Borne.** Vorm. 11 Uhr bei Nagel.

**Dort**